

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Abonnementspreis mit illust. Beilage „Woll u. Zeit“ frei Haus für die Zeit vom 1. bis 7. Juni 45 Goldpfennige. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstr. 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.  
926 nur Geschäftsstelle



Anzeigengebühr für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpf., Verfallungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle.  
905 nur Redaktion.

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 127

Montag, 2. Juni 1924

31. Jahrgang

## Der Umschwung in Frankreich.

Poincares Rücktritt. / Auch Millerand erledigt.

### Die Demission des Kabinetts.

Paris, 1. Juni.

Um 10 Uhr 30 Minuten vormittags hat Poincaré dem Präsidenten der Republik die Demission seines Ministeriums überreicht. Der Demissionsbrief, der von allen Ministern unterzeichnet ist, hat folgenden Wortlaut: Nach der Entscheidung, die die Regierung am Tage nach den Kammerwahlen getroffen hat, haben wir Ihnen die Kollektivdemission des Ministeriums zu überreichen.

### Die gesamte Linke gegen Millerand.

Paris, 1. Juni.

Die Hoffnungen, die Herr Millerand auf die Haltung der Radikal-sozialen Partei gesetzt hat, haben sich nicht erfüllt. In einer Fraktionsitzung, in der insgesamt 170 Mitglieder anwesend waren, wurde nach kurzer Diskussion gegen vier Stimmen folgende Entschließung angenommen, für die auch Herriot gestimmt hat:

„Angeichts der Tatsache, daß Herr Alexander Millerand, Präsident der Republik, im Widerspruch mit der Verfassung Politik getrieben hat, daß er offen Partei für die Politik des Nationalen Blocks ergriffen hat und dieser Politik inzwischen durch das Land das Urteil gesprochen wurde, ist die Fraktion der Radikalen und Radikal-sozialen Partei der Auffassung, daß das weitere Verbleiben Millerands im Elisee eine Verletzung des Geistes der Republik darstelle und eine Quelle des Konfliktes zwischen der Regierung und dem Staatsoberhaupt, sowie eine dauernde Gefahr für das gegenwärtige Regime bilden würde.“

Der Sozialistische Parteitag, der am Sonntag morgen zusammengetreten ist, hat einstimmig einen Beschluß angenommen, der die Fraktion auffordert, jedes Ministerium zu bekämpfen, das von Millerand insofern sein sollte, der zweitens „für den Fall, daß Millerand innerhalb der Kammer einen Komplizen finden sollte, der die Verantwortung übernehmen werde, den ungewissen zum Ausdruck gekommenen Willen des Landes zu kräftigen“, die Parteileitung auffordert, eine energische Kampagne einzuleiten mit dem Ziel, dem Willen des Volkes Respekt zu verschaffen.

In nicht minder scharfen Ausdrücken ist der Beschluß der Republikanisch-sozialen Partei gehalten: „Die Partei ist einmütig der Überzeugung, daß es unmöglich ist, mit Herrn Millerand zusammenzuarbeiten, nachdem dieser in Mißachtung der Pflichten seines Amtes die auswärtige Fraktion der „Radikalen Linken“ zugezogen wurde und die unter dem gemeinsamen Vorherrschaft von Herriot, Painlevé und Leon Blum um 1 Uhr 45 Min. eröffnet wurde, hat nur wenige Minuten gebraucht, um sich auf einen gemeinsamen Beschluß zu einigen. Die am Morgen von der Radikal-sozialen Partei angenommene Entschließung wurde von Renaudel im Namen der Sozialisten und von Violette im Namen der Republikanischen Sozialisten gut-

geheißen und ohne Diskussion einstimmig angenommen. An der Abstimmung haben teilgenommen: 101 Sozialisten, 51 Republikanische und Unabhängige Sozialisten, 136 Radikal-soziale, 20 Mitglieder der Radikalen Linken und 5 Unabhängige Kommunisten.

Herrn Millerands Schicksal dürfte damit endgültig besiegelt sein.

### Die erste Kammer Sitzung.

Paris, 1. Juni.

Die konstituierende Sitzung der neuen Kammer wurde am Sonntag nachmittag mit dem üblichen Zeremoniell eröffnet. Der Alterspräsident, der Radikal-soziale Abg. Pinard, Professor an der Universität in Paris, zog in seiner Begrüßungsrede die Bilanz der augenblicklichen Situation?

Der gewonnene Krieg, so führte er aus, habe Frankreich und der Welt leider nicht den Frieden gebracht, weil man in Frankreich vergessen habe, daß der Krieg nur dank der Unterstützung der Alliierten gewonnen worden sei. Frankreich habe ein gutes Recht auf Reparationen, aber es werde zu seinem Ziel nur gelangen können, wenn es die Alliierten auf seiner Seite habe, und unter der Voraussetzung, daß alle künftigen Abmachungen die ausdrückliche Billigung des Völkerbundes haben werden. Frankreich wolle Gerechtigkeit, aber die Gerechtigkeit auf dem Wege des Rechts, nicht auf dem der Gewalt. Es wolle den Frieden, und zwar einen Frieden, der keinen Haß und keine Zurücklässe, sondern den wirklichen Frieden, der allen Völkern gerecht werde und der den Krieg ein für allemal unmöglich mache. Auf die innere Politik übergehend, lenkte Pinard die Aufmerksamkeit vor allem auf die finanzielle Situation des Landes, die charakterisiert werde durch die Tatsache, daß die öffentliche Schuld von 225 Milliarden im Jahre 1919 auf über 400 Milliarden gestiegen sei.

Die Rede war wiederholt von ungewöhnlich starkem Beifall unterbrochen. Nach der Auslosung der Mitglieder für die Wahlprüfungskommission schloß die erste Sitzung der neuen Kammer.

### Neue Parteibildungen.

Paris, 30. Mai.

Die Fraktion der Sozialistischen Partei der neuen Kammer hat sich am Freitagnachmittag offiziell konstituiert. Sie zählt 103 Mitglieder. Der Fraktion der Republikanischen Sozialisten, die am Freitag ebenfalls zum erstenmal zusammengetreten war, haben sich außer den Mitgliedern der Gruppe Painlevé eine Reihe unter dem Namen „Unabhängige Sozialisten“ gewählter Abgeordneter angeschlossen. Die Fraktion zählt 44 Mitglieder. Die Entente Republicaine, die ehemalige Hauptgruppe des Nationalen Blocks, hat beschlossen, den bisherigen Namen in „Republikanische Demokratische Union“ abzuändern.

Redezeit eine sehr heftige Geschäftsordnungsdebatte aus. Der Generalsekretär der Partei Paul Faure schlug vor, die Frage der Beteiligung an der Regierung von der Unterstützung eines demokratischen Ministeriums zu trennen. Dieser Antrag wurde im Lager der Koalitionssprecher als taktisches Manöver bekämpft. Leon Blum trat für den Vorschlag Faures ein mit der Begründung, daß Herriot ihn gebeten habe, so rasch als möglich eine prinzipielle Entscheidung herbeizuführen. Renaudel stellte den Antrag, ein viergliedriges Komitee zu ernennen, das mit Herriot über die Festlegung eines politischen Mindestprogramms verhandeln solle, da man erst nach seiner Kenntnisnahme über die Frage der Unterstützung einer bürgerlichen Regierung sprechen könne. Die sehr erregte Diskussion dauerte bis zur Mittagspause, ohne daß eine Einigung erzielt wurde.

Wegen der Eröffnungssitzung der Kammer mußten die Verhandlungen des Parteitages bis zum Abend unterbrochen werden.

Der endgültige Beschluß dürfte erst in später Nachtstunde oder am Montag fallen.

### Heute Reichstags Sitzung.

Berlin, 31. Mai.

Die nächste Sitzung des Reichstages ist auf Montag, 2. Juni, nachmittags 3 Uhr, anberaumt. Wenn bis dahin die Bildung der neuen Regierung nicht gelungen ist, so wird das Reichstagsplenum sich ausschließlich mit den Anträgen des Geschäftsordnungsausschusses in der Frage der Haftentlassung von Abgeordneten befassen.

### Das Organisationskomitee für die Industrieobligationen

Berlin, 31. Mai.

Das in dem Sachverständigenplan vorgesehene Organisationskomitee für die Industrieobligationen wird am Montag, dem 2. Juni, in Paris seine Verhandlungen aufnehmen. Die von der deutschen Regierung bestimmten Vertreter, Staatssekretär Dr. Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium und Geheimrat Bücher vom Reichsverband der deutschen Industrie, fahren heute abend von hier zu den Verhandlungen nach Paris ab.

## Rabinett der Mitte?

SPD. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, kehrt heute oder Dienstag nach achtstägiger Regierungskrise eine neue Regierung Marx auf der Grundlage der bisherigen Koalition wieder. Wenigstens ist das anzunehmen, nachdem die Volkspartei am Sonnabend selbst feststellen mußte, daß ihre Bemühungen für den Bürgerblock durch die Haltung der Deutschnationalen „zur Fruchtlosigkeit verurteilt worden sind.“ Im Prinzip wurde deshalb auch bereits am Sonnabend der Bildung einer Koalition der Mitte zugestimmt. Lediglich aus parteitaktischen Gründen vertagte die Volkspartei den endgültigen Beschluß auf Montag. Wenn es nach dem achtstägigen Kriesentheater überhaupt so weit kommen konnte, dann ist das z. T. auch auf die Vorstellungen verschiedener diplomatischer Vertreter in Berlin zurückzuführen. Nicht zuletzt haben schließlich die Proteste des besetzten Gebietes dazu beigetragen, der Volkspartei wenigstens vorläufig wieder zur Veranlassung zu verhelfen.

Die in Aussicht stehende Regierung wird sich hauptsächlich aus Zentrum, Volkspartei und Demokraten zusammensetzen. Zahlenmäßig heißt sie im Parlament keine Mehrheit. Sie ist deshalb auf die Unterstützung anderer Parteien, insbesondere auf die der Sozialdemokratie, angewiesen. Unsere Fraktion hat sich also am Montag nachmittag mit der Frage zu beschäftigen, ob und in welcher Form sie die neue Regierung der Mitte unterstützen will. Dieser Aufgabe wäre sie bei einer Bildung des Bürgerblocks entzogen worden, denn einer Regierung unter Beteiligung der Deutschnationalen gebührt trotz der schönsten und besten Erklärungen nur das Mißtrauen der deutschen Arbeiterschaft.

Ausschlaggebend für die Haltung der Sozialdemokratie zu dem neuen Kabinett Marx ist dessen Einstellung zum Sachverständigengutachten. In diesem Gutachten erblicken wir Möglichkeiten zum Wiederaufstieg Deutschlands und deshalb ist vor und nach den Wahlen wiederholt aus unserem Munde der Partei betont worden, daß die Hauptaufgabe jeder Regierung vorläufig die Erledigung der schwebenden außenpolitischen Fragen, insbesondere die Durchführung des Sachverständigengutachtens, sein muß. Alle anderen Fragen treten hinter dieses große Problem zurück, weil ihre Erledigung wiederum abhängig ist von der Entwicklung der außenpolitischen Lage. Nur wenn das Sachverständigengutachten angenommen und ehrlich durchgeführt wird, dürfte Deutschland vom Ausland die notwendigen Kredite erhalten, nur dann wird es möglich sein, den Ausgewiesenen ihre Heimat wiederzugeben, die Gefangenen in Freiheit zu setzen und vor allem die wirtschaftliche Einheit des Reiches wiederherzustellen. Die endgültige Entscheidung der Fraktion hängt infolgedessen davon ab, ob die neue Regierung bereit ist, eine Außenpolitik zu treiben, die unseren Wünschen entspricht und die darauf hinausläuft, eine Befriedung Europas schaffen zu helfen. Man mag gegen die bürgerliche Mitte auf Grund ihrer Verhandlungen mit den Deutschnationalen einwenden, was man will, aber festzustellen bleibt dennoch, daß im Verlauf der Verhandlungen die Mittelparteien wiederholt die vorbehaltlose Annahme des Sachverständigengutachtens in seiner Gesamtheit forderten und es als Grundlage der kommenden Politik betrachtet wissen wollen. Nur weil die Deutschnationalen das nicht anerkannten, sind schließlich die Verhandlungen gescheitert. Nicht mehr und nicht weniger als die Mittelparteien von den Deutschnationalen verlangt, hat die Sozialdemokratie seit dem Tage der Veröffentlichung des Sachverständigengutachtens gefordert. Sie kann sich deshalb auch bereit erklären, ein Kabinett Marx außenpolitisch zu unterstützen. Diese Unterstützung erfolgt, weil wir der deutschen Wirtschaft durch die Erlangung von Krediten helfen und die Arbeitslosigkeit überwinden wollen, wir die Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit des Reiches ersuchen und die Freilassung der Gefangenen wie die Rückkehr der Ausgewiesenen ins Ruhrgebiet wünschen.

Unsere Haltung kann selbstverständlich keine Billigung der Gesamtspolitik des Kabinetts Marx bedeuten. Wir sind uns vielmehr darüber klar, daß auf die Dauer innerpolitische Schwierigkeiten entstehen können und wir mit der Regierung in Konflikt geraten. Diese Konflikte vorläufig so gut als möglich zu vermeiden, liegt im Interesse der Regierung und der deutschen Arbeiterschaft. Jedenfalls ersticht der neue Reichskanzler aus unserer Billigung der Außenpolitik, daß die Sozialdemokratie es ablehnt, aus Gründen der Zweckmäßigkeit Opposition zu treiben, wie es bei den Deutschnationalen der Fall ist. Über darüber sollte bei ihm von vornherein kein Zweifel bestehen, daß von uns Konzeptionen in innerpolitischer Beziehung nicht zu erwarten sind. Er selbst tut deshalb gut, von vornherein für die Vermeidung von Konflikten Sorge zu tragen. Eine Möglichkeit hierzu besteht zunächst darin, daß er als Reichsinnenminister einen Mann wählt, der in erster Linie Republikaner ist und für die schwierige Lage der deutschen Arbeiterschaft Verständnis hat. Auch im Reichsfinanz- und im Reichsarbeitsministerium brauchen wir Persönlichkeiten, die es weniger auf Konflikte abgesehen haben, als es bisher der Fall war. Nur unter Berücksichtigung dieser Voraussetzungen wird es möglich sein, das Staatsgefüge von heute gegen rechts und links endgültig zu festigen. Dazu beitragen wird die Sozialdemokratie durch eine Vermittlerrolle, die sie schon in den nächsten Tagen in Paris bezw. London übernehmen kann, berufen sein, wenn die Regierung Marx bereit ist, unserer zahlenmäßigen Stärke und unserem außenpolitischen Einfluß politisch und personell Rechnung zu tragen. Ohnedem sind Kämpfe nicht zu vermeiden.

## Attentat auf den österreichischen Bundeskanzler.

Dr. Seipel schwer verletzt.

Wien, 1. Juni.

Auf den Bundeskanzler Seipel wurde heute abend auf dem Wiener Südbahnhof von einem Passagier desselben Zuges, in dem der Bundeskanzler reiste, ein Attentat verübt. Dr. Seipel wurde durch Lungenschuß schwer verletzt. Der Täter verfehlte sich bei seiner Verhaftung durch einen Schuß schwer. Er ist noch nicht vernunftfähig.

## Der französische Parteitag.

Heftiger Meinungssturm um den „Ministerialismus“.

SPD. Paris, 1. Juni. (Eig. Drahtber.)

Der außerordentliche Parteitag der Sozialisten, der am Sonntag morgen um 10 Uhr zusammengetreten ist, wurde nach kurzer Begrüßungsansprache mit der Debatte über den Fall Renaudel eröffnet. Von den zahlreich vorliegenden Entschließungen wurde die bereits an anderer Stelle erwähnte des Abg. Renaudel angenommen. Der Parteitag trat sodann in die Diskussion des Hauptpunktes der Tagesordnung, die Frage der Beteiligung an der Regierung, ein. Es gelangte zunächst der von dem Abg. Herriot an Leon Blum gerichtete Brief zur Verlesung, in dem Herriot die Überzeugung ausspricht, daß es der offenkundige Wille des Landes sei, daß die bei den Wahlen so erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem Sozialismus und der bürgerlichen Demokratie künftig in den Beratungen der Regierung ihre Fortsetzung findet. Das Volk habe seine Pflicht getan, heißt es in dem Schreiben weiter, nun sei es an den Parteien, die ihre zu tun und deshalb bitte er im Namen der Radikal-sozialen Partei die Sozialisten um ihre rückhaltlose Unterstützung und Mitwirkung.

Nach einer durch Zwischenrufe des Abg. Brade wiederholt unterbrochenen Rede des Delegierten des Departements Carden, der unter Berufung auf Faures für den Eintritt in das Ministerium sich ausspricht, löste ein Antrag auf Bekräftigung der

## Nach dem Kampf.

Die Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet. — Die Kommunisten machen wieder einmal Generalstreik.

Bochum, 31. Mai.

Mit der am Freitag erfolgten Ablehnung des Streiks durch die Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands und den Aufrufen der vier Verbände zur Wiederaufnahme der Arbeit hat ein Kampf sein Ende gefunden, wie ihn die Ruhrwirtschaft nach nicht gelangt hat. Die großen Bergarbeitersparteien der Vergangenheit waren niemals getragen worden von einer ähnlichen Einheitsfront und mühten infolgedessen auch regelmäßig unglücklich verlaufen. Zum erstenmal wurde dieses Mal dem brutalen Vorgehen der Unternehmer ein völlig geschlossener Widerstand entgegengesetzt. Die Größe des Erfolges vermag man nur zu ermessen, wenn man bedenkt, welches die Ziele des Zechenverbandes waren. Er wollte die Zerstückelung der Gewerkschaften, Verdrängung des Lohns, Friedensarbeitszeit und eine Senkung der Löhne, erreicht wurde von all diesen Zielen auch nicht eins, trotzdem die Verbände den Zechenbesitzern eine letzten günstige Position boten. Die Kommunisten versuchten, natürlich den Ausgang des Kampfes als eine Niederlage der Verbände darzustellen. Trotzdem kann mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß die Arbeitsaufnahme am Montag reiblos durchgeführt wird. Auf einzelnen Schachtanlagen werden die Unionisten sicherlich versuchen, „Generallstreik“ zu machen, aber der Erfolg dürfte nicht groß sein.

Bochum, 1. Juni.

Eine Revierkonferenz der Union und der Union der Hand- und Kopfarbeiter hat beschlossen, den Streik mit verärferten Mitteln fortzuführen. Die Union fordert in einer Rundgebung ihre Mitglieder auf, alle Kräfte gegen den Berliner Schiedsspruch und für die Weiterführung des Kampfes bis zum Siege zu mobilisieren. Die Konferenz hat eine Entschließung angenommen, in der sie es als ihre nächste und wichtigste Aufgabe betrachtet, alle Kräfte einzuziehen und die Arbeitsaufnahme zu verhindern.

## Die Beschlüsse des Organisationskomitees für die Eisenbahnen.

Schwerindustrielle Lügen.

Die „Telegraphen-Union“ verbreitet eine Meldung des Pariser „Reit Journal“, wonach das Organisationskomitee für die deutsche Eisenbahn dem Plan für das neue Statut der Reichsbahn gegen die deutschen Vertreter zugestimmt hätte und für die Zahl der Beamten und Arbeiter die Kopfhalt der englischen Eisenbahn angeordnet werden sollte, was eine stützige Herabsetzung der jetzt bei der Reichsbahn Beschäftigten zur Folge haben würde; die Beratungen sollten bis Ende des Monats abgeschlossen werden.

Diese Meldung, die von der gesamten Rechtsprelle, natürlich auch von den bürgerlichen Blättern Libérés, weidlich ausgeschlachtet wurde, ist, wie die „Voss. Ztg.“ von maßgebender Stelle erfährt, in allen ihren Teilen unzutreffend. Bei den bisherigen Besprechungen — vom Sonntag, dem 25., bis Donnerstag, dem 29. Mai, haben wegen Abwesenheit des englischen und des französischen Vertreters keine Beratungen stattgefunden — sind Personalfragen überhaupt nicht berührt worden. Die Annahme eines derartigen Planes gegen die deutschen Vertreter kann gar nicht in Frage kommen, da den beiden alliierten Sachverständigen zwei deutsche Sachverständige gegenüber stehen. Die Beratungen in Paris dürften sich übrigens bis Ende der nächsten Woche hinziehen.

Daß gerade die Schwerindustrielle Presse die französische Falschmeldung mit besonderer Begeisterung weitergab und entsprechend kommentierte, soll offenbar die Öffentlichkeit davon ablenken, daß es gerade die Schwerindustrie gewesen ist, die durch ihren Kampf gegen die Reichsbahn und durch ihre Privatierungsversuche die Schuld daran trägt, daß das Ausland sein Hauptaugenmerk auf die Verpfändung der Bahnen richtete.

## Geedt als Zeuge.

Der Mann mit der eisernen Maske.

SPD. Berlin, 31. Mai.

Im Prozeß gegen Thormann und Grandel wurde am Sonnabend General v. Seede vernommen. Er ist der erste Zeuge des Prozesses, der vernommen wird. Vorsitzender: Glaubens Sie, daß es notwendig ist, die Öffentlichkeit auszufüllen? General v. Seede: Es sind keine Staatsgeheimnisse dabei. Ich erlaube von dem Aktuar durch den Kommissar für die öffentliche Ordnung. Ich kann beide Angeklagten nicht — Vorsitzender: Sie kennen Herrn Claß? — General v. Seede: Ich hatte ihn einige Male gesprochen, dann war er auf meine Bitte lange Zeit nicht da und kam im September vorigen Jahres zum ersten Male. — Vorsitzender: Was wünschte Herr Claß? — General v. Seede: Das ist politisch schwer zu sagen, denn mit Bestimmtheit konnte man nicht sagen, was er eigentlich wollte. Er glaubte, er hätte zahlreiche Beziehungen hinter sich und könnte eine Umwälzung der Verhältnisse herbeiführen. Claß gehörte zu den Leuten deren politisches Denken in dem Wort zusammenhängt:

„Es muß irgendetwas geschehen.“

Die Herren suchten den General, der dumme genug ist, auf sie hereinzufallen, das bin ich nicht. Unsere Unternehmung schloß damit, daß ich sie nicht im Zweifel ließ, jedem Amtmann, ob von rechts oder von links, mit aller Mühe zu begegnen. Ob ich sagte: „Ich liebe bis zur letzten Barone“, weiß ich nicht. Aber im Sinne hat mich Claß richtig verstanden. Justizrat Claß hat mir keine bestimmten Umwälzungspläne gemacht, aber sein Schreiben ging doch in dieser Richtung.

Justizrat Claß: Die Schilderung des Herrn Generals stimmt nicht mit der Wahrheit überein. Mir ist es unklar, daß, wie ich schon dem Untersuchungsrichter sagte, der General sich in meiner Person irr. Ich möchte Herrn General v. Seede gewisse Dinge ins Gedächtnis zurückrufen, aber unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Erzählen v. Seede konnte aus meinen Worten nicht das entnehmen, was er heute angibt. Ich wollte wissen:

ob die Reichswehr sich hinter General v. Seede stellt.

Ich erlaube damals, daß etwas in der Luft lag. Erzählen v. Seede nannte mir 5 Namen, die als verdächtig in Frage kamen. Ich wunderte mich, daß der Name, der mir am nächsten lag, nicht genannt wurde. Seede sagte, das sind Verbrecher, auf die ich ebenso maßloses Schicksal würde wie auf die Kommunisten. Ich wollte, daß man in Bayern wisse, wie die Reichswehr künde. Deshalb habe ich mit Dr. Grandel darüber gesprochen. Ich habe geglaubt, daß die Wiedergeburt mit einem Treubruch des Heeres vermieden werden müsse.

Der Generallstaatsanwalt kommt dann zur Verlesung verschiedener Schriftstücke, die im Verlaufe einer Hausdurchsuchung bei Claß beschlagnahmt wurden. Da in zunächst ein Brief an den bekannten altpreußischen Führer Finanzrat Bang vom 27. Oktober 1923 über das Verhalten gegenüber der Reichsregierung, in der es heißt:

„Die friedliche Ueberleitung muß unter allen Umständen verhindert werden. Wie wollen dem Schweinehund energisch zu Leibe gehen.“

Die Verteidiger protestieren natürlich sofort gegen die Verlesung solcher peinlicher Briefstellen, die sich auf das Rheintand beziehen, aber nicht auf Grandel. Ein zweiter Brief, den der Generallstaatsanwalt verliest, ist unter dem 27. November vorigen Jahres an einen Herrn Bongards gerichtet. Es heißt darin: „Die Diktatur nahms ist so ungerichtet wie die Seckts. Ob die echte Diktatur von Berlin kommt, ist fraglich.“

„Wir tun alles, um der Rechtsdiktatur die Wege zu ebnet.“

Justizrat Claß: Das tue ich noch. Bongards ist ein ausgewiesener Geschäftler, der mich über die Lage befragte und dem ich antwortete: „Das Münchener Unglück hat als Glück die Rechte gelobt, daß General v. Seede die Mittel in die Hand bekam, die Verhältnisse legal zu ordnen. Der Inhaber der vollstehenden Gewalt ist meiner Meinung nach berechtigt, ein Ministerium zu entsenden oder den Reichstag aufzulösen, so wie Kahr den bayrischen Landtag hätte nach Hause schicken können.“

General v. Seede: Das, was Herr Claß mir vorschlug, war ein Verstoß gegen die Verfassung und Staatsrecht.

Es folgt ein Brief aus Stuttgart von einem Professor, dessen Namen ich nicht nennen möchte: „Seede ist der Schildehalter Eberts. Seede hat durch das Bekenntnis zur Legalität das Urteil gesprochen. Seede ist jetzt keine Frage mehr. Das Rätsel ist gelöst. Er ist die verhängnisvolle Persönlichkeit, die die Verlesung der heutigen unheilvollen Zustände verhindert. Seede ist der Mann mit der eisernen Maske. — Dazu hat Claß bemerkt: Seede ist kein Mann mit der eisernen Maske, keine Sphinx mehr. Er ist durch das Festhalten an der Legalität in eine verhängnisvolle Lage geraten. — Justizrat Claß: Jawohl, das ist meine Ansicht heute noch.“

Der Generallstaatsanwalt geht dann noch einmal auf einen Zwischenfall vom Tage zuvor ein. Der Zeuge Tettenborn vertretet betanlich die Ansicht, daß noch keine 2 Kolonnen gegen Herrn v. Seede angeführt sein könnten. Bei dieser Auslage taunte er seinem Verteidiger „Reitdam“ zu. Auf die Frage des Generallstaatsanwalts, was es damit auf sich habe, erwiderte der Zeuge Tettenborn, daß er sich in der Zeit vom 9. bis 12. Januar in Potsdam im Schienen geübt habe. Justizrat Claß versichert, daß die Bemerkung Tettenborns „natürlich“ nichts mit der Verlesung in Potsdam zu tun habe, zu der Graf Reventlow Finanz- und Währungsachverständige, darunter auch Dr. Grandel, eingeladen hatte, um das Programm der deutschösterreichischen Partei festzustellen.

Nach einer längeren Pause wurde der Leiter der politischen Polizei beim Berliner Polizeipräsidium, Regierungsdirektor Weiß, über die

moralische Qualität der Zeugen Tettenborn, Köpfe und Gilbert

vernommen. Der Zeuge schildert Gilbert als den typischen politischen Späher, der in moralischer Beziehung vollkommen minderwertig sei. Er sei einer der größten politischen Schädlinge, die in Deutschland seit der Revolution ihr Unwesen getrieben haben. Er arbeite bald für rechts, bald für links, je nachdem er bezahlt wurde oder eine Rolle spielen konnte. Jede Sache, bei der Gilbert die Finger im Spiele habe, sei von vornherein unklar. Außerdem habe er sich fast überall Veruntreuungen zuschulden kommen lassen. Die Aussage des Zeugen Tettenborn, daß er wegen schlechter Erfahrungen keine Anzeige von dem Attentatsplan bei der politischen Polizei gemacht habe, erklärt der Zeuge Weiß damit, daß Tettenborn wußte, daß sich die politische Polizei in solchen Fällen nicht nur den Beschuldigten, sondern auch den Anschuldiger näher betrachtet und daß dann die ganze Angelegenheit vielleicht einen ganz andern Gang genommen hätte. Nach der Vergangenheit des Herrn v. Tettenborn sei alle Veranlassung zu der Annahme gegeben, daß er fürchtete, die Geschäftstätigkeit des Attentats würde genau so nachgeprüft werden. Dem Zeugen v. Tettenborn muß aus dieser politischen Tätigkeit heraus Mißtrauen entgegengebracht werden. Der dritte Zeuge, Köpfe, habe auch bereits an den Vorbereitungen zum Rathenau-Mord teilgenommen.

Nach der Vernehmung des Zeugen Weiß wurde die Sitzung auf Montag vormittag vertagt.

## Die Rette der Nordprozesse.

Das Harden-Attentat vor dem Schwurgericht.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III zu Berlin beginnt heute die neue Verhandlung wegen des Attentats auf Maximilian Harden. Oberleutnant a. D. Walter Anfermann wird sich unter der Anklage des versuchten Mordes zu verantworten haben. Wie erinnert, wurde Maximilian Harden am 3. Juni 1922 auf einem Spaziergang in der Nähe seiner in der Kolonie Grunewald gelegenen Villa am Dachsberg abends um die neunte Stunde von drei Männern überfallen. Harden, der weichenlang von den Attentätern genau beobachtet und verfolgt worden war, wurde durch den auf ihn zutretenden Anfermann mittels eines Leuchtpistols zu Boden geschlagen. Schon nach dem ersten wuchtigen Schläge auf den Hinterkopf brach Harden blutüberströmt zusammen. Der Attentäter mißhandelte ihn jedoch noch durch sieben weitere Schläge und ließ erst von ihm ab, als auf die lauten Hilferufe Hardens Nachbarn herbeieilten. Der gleich darauf in der Nähe des Tatters verhaftete Weichardt legte ein umfassendes Geständnis ab, daß Grenz im Auftrage unbekannter geheimer reichsradikaler Kreise ihn und Anfermann dorthin zu der Tat verpflichtet hätte. Anfermann selbst behauptet, im österreichischen Interesse gehandelt zu haben, er bestreitet entschieden jede Mordabsicht, will vielmehr nur geplant haben, Harden als „politischen Schädling“ mundtot zu machen.

Bei der in der Verhandlung notwendig werdenden Vorführung der beiden schon abgeteilten Mitbeteiligten Grenz und Weichardt sind von der Staatsanwaltschaft besondere Vorichtsmaßnahmen ergriffen worden, da man mit der Möglichkeit von Befreiungsversuchen rechnet.

## Das kommunistische Bombenattentat in Potsdam.

Am 24. Mai fand in Potsdam wieder einmal eine monotonische Feier mit Bringen, Genälen und sonstigem Klimbim statt. Aus diesem Anlaß hatten die Kommunisten ein Störungsattentat unternommen, das anfangs harmlos ausah, nach den neuesten Berichten aber ein Verbrechen darstellt, dessen Verwerflichkeit nur durch seine Sinnlosigkeit übertrifft wird.

Im einzelnen erfahren wir darüber:

Das polizeiliche Ermittlungsverfahren über den kommunistischen Sprengstoffanschlag auf die Feier der Potsdamer Denkmalserrichtung am Sonnabend, dem 24. Mai, steht vor seinem Abschluß. Die Zahl der in dieser Affäre festgenommenen Personen hat sich inzwischen von 12 auf 21 erhöht. Sämtliche Sürtorien sind nach ihrer eigenen Angabe Mitglieder der KPD, einige sogar Funktionäre dieser Partei und einer Mitglied der Stadtpartei in Potsdam. Einzelheiten können im Interesse der weiteren Untersuchung noch nicht mitgeteilt werden. Soviel aber darf gesagt werden, daß es sich um einen groß angelegten Anschlag handelt, dessen Fäden zu verfolgen sind bis in die höchsten Parteifunktionen.

Es scheint aber, daß durch die Aufdeckung des Planes ein unabweisbares Unglück verhütet worden ist. Das zeigt die vorgenommene genaue Untersuchung der beschlagnahmten Sprengstoffbomben, deren Wirkung alles bisher auf diesem Gebiete Bekannte weit übertrifft. Die Bomben sind nach der Analyse der Chemisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin zum Teil mit einem offenbar für den vorliegenden Zweck hergestellten Ammonialpeterisprengstoff gefüllt, zum Teil mit einem früher für Artilleriegeschosse verwendeten Sprengstoff. Beide Sprengstoffarten stellen hohe

explodierbare Mischungen dar, die bei ihrer Explosion besonders durch hierbei entwickelten enormen Luftdruck wirken. Bei den an gestellten Sprengversuchen wurden durch den Luftdruck Berlonen noch auf 200 Meter Entfernung fast umgeworfen. Als Zündur dient eine in das Innere der Bombe eingeführte Schlagbolzen vorrichtung. Das untere Ende dieses Schlagbolzens trägt ein Zündhütchen, das mit einer Zündschnur von 5 Zentimeter Länge verbunden ist, woran sich eine Sprengkapsel befindet. Am oberen Ende des Schlagbolzens hält ein Splint die Feder gespannt. Wird der Splint heftlich herausgezogen, so schnell der gespannte Schlagbolzen auf das Zündhütchen, das seinerseits die Zündschnur von etwa 5 Sekunden Brennauer (Verzögerung) und dadurch die Sprengkapsel zur Explosion bringt. Diese Vorrichtung ist als Zündschnurzündender bekannt. In den Sprengstoff eingebettete Stahlnieten im Gewicht von ungefähr 500 Gramm sollten die Splitterwirkung bei der Explosion erhöhen.

Aus der ganzen vorstehend geschilderten Laborierung da geschlossen werden, daß bei der Anfertigung der Bomben in der beschriebenen Anordnung der Gedanke maßgebend gewesen war, möglichst viele Zeitschüchmer zu beschaffen. Offenbar um die Attentäter das Gefühl größerer Sicherheit zu geben, hatte man sie mit geladenen Parahellumspitzen (9 Millimeter) und Reservemagazinen mit je 36 Schuß ausgerüstet. Außerdem trug sie scharfe Eierhandgranaten bei sich.

Weiteres Material, das über die weitverbreitete Organisation des Nachrichtenendienstes der Partei interessierte Ausschüsse gibt, wird zur gegebenen Zeit veröffentlicht werden.

## Japan und Amerika.

Abberufung des japanischen Votschaffers.

Paris, 31. Mai.

Laut Mitteilung der japanischen Votschaft an die Presse hat der Ministerialrat in Tokio am 28. Mai 1924 einen amtliche Einspruch an die Regierung der Vereinigten Staaten beschlossen. Der besagt: „Japan habe über 10 Jahre lang den „Gentleman-Vertrag“ beakachtet und die Beschränkung der japanische Einwanderung nach Amerika tatsächlich sehr streng durchgeführt. Die Vereinigten Staaten aber hätten durch das neue Einwanderungsgesetz diesen Vertrag für ungültig erklärt und den Japanern den Zutritt nach Nordamerika völlig unterkragt. Das ist eine Verletzung des Handelsvertrages zwischen Japan und Amerika und der auf der Washingtoner Konferenz unterzeichneten Verträge. Votschaffter Hanfara wird bald nach Ueberreichung dieser Einspruchnote die Erlaubnis erhalten, nach Japan zurückzukehren. Schließlich heißt es, daß Außenminister Baron Matsui Journalisten erklärt habe, die endgültige Annahme des japanischen Gesetzes in den Vereinigten Staaten sei dem dauernden Frieden der ganzen Welt sehr abträglich.“

Harakiri als Protest.

Tokio, 1. Juni.

In der Nähe der amerikanischen Votschaft ist ein Japaner mit aufgeschlitztem Bauche aufgefunden worden. In einem Briefe, der bei dem Toten vorgefunden wurde, erklärte der Verstorbene, daß er Harakiri begangen habe, um gegen den Ausschluß der Japaner aus den Vereinigten Staaten zu protestieren. Die Behörden weigern sich, den Namen des Toten und den Wortlaut des Briefes bekanntzugeben.

## Russisch-chinesisches Abkommen.

Ein diplomatischer Erfolg Moskaus.

London, 30. Mai.

Reuter meldet aus Peking: China hat die russische Sowjetregierung anerkannt.

London, 31. Mai.

Reuter meldet aus Peking ergänzend, daß die folgenden Abmachungen zwischen den chinesischen und russischen Delegierten Wellington Koo und Karachow unterzeichnet worden sind: 1. ein grundsätzliches Uebereinkommen, 2. ein Uebereinkommen über die vorläufige Leitung der chinesischen Ostbahn. Die Delegierten unterzeichneten auch die folgenden Erklärungen über: 1. der Aufhebung von Russen in der chinesischen Ostbahn, 2. die Aufhebung der russischen Exterritorialität, 3. und 4. die Wiederherstellung des Eigentums der russischen Regierung und desjenigen der orthodoxen Kirche, 5. die Ernennung einer Kommission zur Verwaltung und Zuteilung der russischen Konzessionsabgabe, die vollkommen verwendet wird, um einen Fonds für die Erziehung von Chinesen zu gründen, 6. eine gemeinsame Erklärung, daß China nicht die Gültigkeit irgendeines von Russland seit dem zaristischen System mit einer dritten Partei abgeschlossenen die souveränen Rechte und das Interesse Chinas berührenden Vertrag anerkennt, 7. Russland verzichtet auf die Konzession in China und verpflichtet sich, solche Konzessionen insgesamt oder teilweise auf eine dritte Macht zu übertragen.

Eine weitere Reuter-Meldung besagt, die Sowjetregierung erkennt die äußere Mongolei als einen integralen Teil Chinas und dessen Souveränität darüber an. Beide Regierungen schließen keine Verträge oder Abmachungen ab, die die gegenseitigen Rechte oder Interessen beeinträchtigen.

## Politische Notizen.

Karlsruhe, 31. Mai. Der Haushaltsausfluß des Reichstages hat die neue Reichsbeamtenbesoldung einmütig abgelehnt und die neue Besoldungsregelung als die rückfällige und unsozialste Maßnahme bezeichnet, die je veröffentlicht worden sei. Im Interesse des Staates sei das tief bedauerlich. Von den meisten Rednern wurde im Haushaltsausfluß noch bemerkt, daß das Sperrgesetz jetzt nicht mehr beachtet werden könnte.

Paris, 31. Mai. Poincaré hat dem „Matin“ und der „Revue des Mondes“ zugelagt, im Zukunft wieder als Journalist mitzuarbeiten.

Moskau, 31. Mai. Trojkin hat sich in einer Versammlung in Moskau stark für die Förderung der chemischen Mittel für das Heer eingesetzt, die im Krieg der Zukunft, der ein Giftkrieg sein werde, die Hauptrolle spielen würden.

Athen, 30. Mai. (Eig. Draht.) Die Soldaten der Garnison Balona haben sich sämtlicher Staatskassen bemächtigt. Auch aus Statur werden Aufstände des Militärs gemeldet.

# Der Todesritt der Hochseeflotte.

Der Anstoß zur Matrosenrevolution.

Die Revolution von 1918 war notwendige Folge des militärischen Zusammenbruchs. Ihr letzter äußerer Anstoß war, daß Anfang November die Flotte den Befehl zum Auslaufen bekam. Die Matrosen glaubten, ihr Leben sollte in einem Zeitpunkt, in dem schon alles verloren war, zwecklos, sinnlos, verbrochen in einer großen Seeschlacht geopfert werden. So wurde Kiel mit seinen Seesoldaten der Ausgangspunkt der Revolution.

Daß die Matrosen richtig vermuteten, weiß Landtagsabg. Genoff: Erich Kuttner im „Vorwärts“ nach. Kuttner war im November 1918 Redakteur am „Vorwärts“. Als solcher empfing er am 16. November den Besuch des Admirals v. Trotha, des Stabschefs der Hochseeflotte. Trotha bekräftigt die Absicht des „Todesritts“ in der kühnsten Weise. Man habe keinesfalls eine Seeschlacht provozieren wollen. Der Vorstoß der Flotte habe den Zweck gehabt, die durch den Rückzug des Landheeres freierwerdende flandrische Küste und die sich entblühende „weiße Planke“ des Landheeres zu decken. Man habe sich rein defensiv gegen einen erwarteten Vorstoß der Engländer wehren wollen. Auf den Einwurf, ob man nicht auch dabei mit der Möglichkeit einer größeren Seeschlacht hätte rechnen müssen, erwiderte Admiral v. Trotha, das sei natürlich immer der Fall, wenn sich die Flotte auf hoher See befinde; gesucht habe man aber die Seeschlacht nicht. — Nun veröffentlicht aber der deutschnationale Prof. Coghmann in den „Süddeutschen Monatsheften“ auf Grund der Mitteilungen des Konteradmirals Magnus v. Levechow, der im Kriege erster Berater des Chefs des Stabes der Seefriedensleitung war, eine Darstellung, die beweist, was die Marineleitung damals tatsächlich plante. Danach wollte man eine Seeschlacht größten Stils herbeiführen. Obwohl man mit dem Untergang der gesamten Flotte rechnete, begehrte man diesen Kampf, um damit die Waffenstillstandsverhandlungen zu durchkreuzen. Nach Levechow wurden mit Zustimmung des Admirals v. Trotha, der am 16. November dem „Vorwärts“ eine bewußte falsche Darstellung gab, zwei Pläne beraten:

Der eine richtete sich gegen die Ostküste von England, der andere gegen den englischen Kanal mit dem Ziel, die englische Flotte in der Verbindungslinie Hoorden—Deutsche Bucht zur Schlacht zu zwingen. Es war anzunehmen, daß das Erscheinen der deutschen Flotte im Kanal verbunden mit einer Beschickung der feindlichen Stellungen bei Ostende durch unsere vorgehobenen letzten Streitkräfte, besonders wirkungsvoll sein und die englische Flotte zum Auslaufen aus ihren nördlichen Liegeplätzen zwingen würde. . . . Diesem Plan wurde daher der Vorzug gegeben.

Also nichts vom Schutz des Landheeres, nichts von Abwehr befürchteter Angriffe! Man wollte in den Kanal fahren, weil man dies für das sicherste Mittel hielt, die Engländer zum Kampf unter allen Umständen zu zwingen. Die Ausführungen des Konteradmirals von Levechow geben eine Bestätigung des geplanten „Todesritts“, wie sie in größerer Klarheit nicht gedacht werden kann.

Und die Meuterei? Bei Herrn von Levechow soll bei den meuternden Matrosen die Parole ausgegeben worden sein:

- a) Regierung will Frieden. Offiziere wollen ihn nicht. Jede Reizung des Gegners durch Vorstoß der Flotte hindern. Frieden, deshalb wollen Offiziere offensiv vorgehen.
- b) Offiziere wollen Flotte hinausbringen und nutzlos vernichten lassen oder gar selbst vernichten.

Wer diese Parole formuliert hat, sagt Herr von Levechow nicht. Aber seine Darstellung ergibt, daß sie jedenfalls den Nagel auf den Kopf traf. Und damit schließt sich der Beweis, daß der Ausbruch der Revolution auf der Hochseeflotte unmittelbar und direkt herbeigeführt worden ist durch den beabsichtigten „Todesritt“, durch den revolutionären Plan.

80 000 Menschenleben im letzten Augenblick des Krieges sinnlos aufzuopfern.

## Wölkischer Frontgeist.

München, 28. Mai.

Im Namen des Wölkischen Blocks tritt dessen Fraktionsvorsitzender u. a. mit folgenden Forderungen für die Frontkämpfer an die Öffentlichkeit: 1. Ein auf dem Leistungsprinzip aufgebautes Wahlrecht muß dem Frontkrieger zugestehen,

daß seine Stimme bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften die dreifache Geltung besitzt. 2. Bei künftigen Wahlen müssen zwei Drittel der Kandidaten der Wölkischen aus den Reihen der Frontkrieger genommen werden. 3. Bei dem Beamteten- und Staatsarbeiter-Abbau darf der Frontkrieger erst in letzter Linie herangezogen werden. 4. Volle Aufwertung der im Besitz von Frontkriegern befindlichen mündelsicheren Papiere und Sparkastenguthaben der Friedenszeit.

Dieser auf den ersten Blick weniger bösartig als manches andere aussehender Antrag der Wölkischen hat natürlich vor allem die Tendenz, erst einmal eine Bresche in das gleiche Wahlrecht zu schlagen. Er wird deshalb von der Sozialdemokratie jedenfalls bekämpft werden, obwohl wir der Ansicht sind, daß er in der Praxis der Sozialdemokratie mehr Vorteile bringen würde als den Wölkischen, deren kriegsbegeisterte Anhänger ja während des Krieges in wichtigen Heimatposten, bei den Stäben oder noch auf der Schulbank saßen. Wer wirklich die Front kennen gelernt hat, der weiß, was dem Volk nützt. „Wär dieser Plan nicht so verflucht geübt, man wär versucht, ihn herzlich dumm zu nennen.“

## Für die weltliche Schule!

Die Eltern im Kampf gegen die Schulkreaktion.

Breslau, 30. Mai.

Der Bezirksverband der Freien Elternvereinigungen des Kreises Waldenburg haben beschloffen, vom Montag, dem 2. Juni ab, in den Schulkreisen zu treten, wenn der preussische Kultusminister nicht bis Sonnabend die Errichtung neuer weltlicher Schulen in Altwasser genehmigt. In allen größeren Gemeinden des Kreises Waldenburg haben die kirchlichen Eltern für ihre Kinder weltliche Schulen erhalten. Länger als drei Jahre kämpfte die Freie Elternvereingung in Altwasser um dieses Ziel. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung haben die weltliche Schule beantragt, der Minister versagt jedoch die Genehmigung, weil konfessionelle, reaktionäre Kreise Einspruch erhoben haben. Dabei kommen 255 Kinder für die weltliche Einschulung allein im Ortsteil Niederastwasser in Frage. 250 weitere Kinder müßten demnächst in Oberastwasser und Neuwaldenburg in weltliche Klassen eingeschult werden. Kommt es am Montag zum Streik, so werden 3000 Kinder dem Schulbesuch entzogen werden.

## Staatshilfe für die bankrotte Mansfeld-A.G.

SPD. Im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsministerium hat der preussische Minister für Volkswohlfahrt endgültig den 10 Millionen Kredit für die Mansfeld-A.G. genehmigt. Die Gesellschaft hat die Verpflichtung übernommen, die ihr gewährte Kampaufnahme zu benutzen, um den Betrieb auf eine rentable Grundlage zu stellen. Für den Beschluß der Regierung war neben anderen Momenten, die mit einem event. Anlauf des betroffenen Betriebes nach der Stilllegung durch die gegenwärtige Gesellschaft zusammenhängen, die Sorge für die im Kupferbergbau der Mansfeld-A.G. beschäftigten 15 000 Arbeiter ausschlaggebend.

## Die Minderheitsfrage in Polen.

Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

SPD. Warschau, 29. Mai.

Seit einer Reihe von Wochen bildet das Minderheitsproblem ein fast tägliches Thema der polnischen Presse. Gleichseitig hat sich die polnische Regierung dieser Frage offiziell angenommen, mehrere Konferenzen mit einer größeren Zahl von Sachverständigen abgehalten und schließlich einen Ausschuss mit der weiteren Bearbeitung des Problems betraut. Es erhebt sich angesichts dieser Tatsachen die Frage, worauf denn gerade jetzt das große Interesse in Polen an den nationalen Minderheiten zurückzuführen ist und welche Erwartungen an die erwähnten Maßnahmen der polnischen Regierung geknüpft werden können. Ein ernsthaftes Interesse an der Lösung der Minderheiten-

frage, d. h. nicht nur an der Unterdrückung und Befestigung der Minderheiten haben in Polen nur die Linksparteien, in erster Linie die Polnische Sozialistische Partei. Sie war es auch, die immer und immer wieder auf die Gefahren hingewiesen hat, die eine mangelnde Berücksichtigung insbesondere des überwiegend ukrainischen Charakters Ostgaliziens mit sich gebracht hat. Von der englischen Labour Party ist sie noch vor wenigen Monaten in dieser Haltung bekräftigt worden. Aber die wiederholten Kundgebungen der Polnischen Sozialistischen Partei würden völlig wirkungslos geblieben sein, wenn nicht in jüngster Zeit der polnischen Öffentlichkeit die Gefahren der falschen Minderheitenpolitik des Staates klar vor Augen geführt worden wären.

Die erste dieser Gefahren ist die Bolschewisierung der an Rußland angrenzenden weißrussischen und ukrainischen Minderheit. Die Bedeutung dieser Minderheiten in bezug auf Sprache, Schule, Kultur, ihre Verdrängung von ihrem angestammten Grund und Boden durch rücksichtslose polnische Kolonisierung, die Brutalität der polnischen Beamten und Militärs hatten in der Bevölkerung schließlich den Glauben groß gezogen, daß ihre Rettung nur von Sowjetrußland kommen könne, durch Anschluß an die benachbarten Republiken Weißrußlands und Ukraine. Von Rußland her wurde diese Gedankensrichtung lebhaft gefördert, und mit ziemlicher Blödsinnigkeit entdeckte die polnische Verwaltung, daß sich in den östlichen Grenzmarken Polens eine enge Verbindung von Kommunismus, polnischem Banditentum und irredentistischen Bestrebungen hergestellt hatte. Die lange Besetzung Polens, die Tschitscherin vor einigen Wochen wegen der Bekämpfung der Weißrussen und Ukrainer an die polnische Regierung richtete und deren Inhalt die polnische Regierung nicht zu veröffentlichen wagte, zeigt schlagend, wie weit diese Zusammenhänge sich schon entwickelt haben.

Zu dem Schreden über die Bolschewisierung der Ostgebiete trat nun fast gleichzeitig eine polnische Ueberreaktion. In einer Reihe linksstehender polnischer Blätter erschien Anfang Mai ein Aufruf mit der Überschrift „Der weiße Terror in Polen“, der von namhaften Leuten wie Herriot, Painlevé, Kolland unterzeichnet war und sich gegen die brutale Behandlung politischer Gefangener in Polen im Allgemeinen und die mit entsprechenden Methoden betriebene Verfolgung der Weißrussen und Ukrainer im Besonderen wandte. Dieser Aufruf war für Polen ein harter Schlag, weil er von französischer Seite kam. Er öffnete so manchem Polen die Augen darüber, welchen internationalen Ruf sich Polen mit seiner Minderheitenpolitik verschafft hatte.

So ist das plötzliche Interesse in Polen an der Minderheitenfrage zu erklären. Leider muß dem aber sofort hinzugefügt werden, daß aus diesem Sturm im polnischen Blätterwald und den offiziellen Konferenzen und Kommissionen nichts herauskommen wird. Hat man doch, um nur eines hervorzuheben, über die Minderheiten beraten, ohne Minderheitsvertreter hinzuzuziehen. Die Polnische Sozialistische Partei und die Thugutische Bauernpartei haben sich bereits von den ausschließlichen Regierungskonferenzen zurückgezogen. Es besteht leider auch wenig Aussicht, daß ein Vorstoß dieser beiden Parteien im Parlament gegenüber dem eingewurzelten polnischen Chauvinismus und der nationalitären Bürokratie durchdringen wird. Ganz sicher ist jedenfalls eines: Das wirkliche oder scheinbare Ergebnis, das aus der jetzigen Verhandlung der Minderheitenfrage in Polen herauskommt, wird nur Ukrainer und Weißrussen betreffen. Von der deutschen und jüdischen Minderheit in Polen, deren Beschwerden nicht minder brennend sind, ist bei der jetzt aktuellen Erörterung der Minderheitenfrage in Polen so gut wie nie die Rede.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft i. B. Dr. Fritz Solmisch; für Kreiskant Lüneburg und Neulleiten Herrmann Bauer; für Literatur: Carl Luidhard. Verleger: Carl Luidhard. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lüneburg.

# Kohlen-Ihrke

8447) Koks Kohlen, Briquets, Holz. Geibelplatz, Telephone 3605, 3606, 3607

## Als Zwischenbedienter nach Südamerika

Erzählung von Heinrich Neuenhagen.

2. Fortsetzung.

„Komm, Dicker“, sagte der Barber nach der Frühstückspause, „nun wollen wir erst mal Frachtmaschinen für Dich besorgen, der Proviantverwalter hat gerade Ausgabe. Hoffentlich paßt es dem jetzt, er ist ein komischer Heiliger, aber sein Assistent ist ein famoser Kerl.“ Er wollte weitergehen, plakte aber direkt auf den Herrn Verwalter, der ihn anhauchte: „Fick wo?“ — Sie Material haben? Meinen Sie, ich hätte was? — nichts zu tun? Sie wissen doch, daß ich mich im Hafen überhaupt an keine Zeit binde. Kommen Sie näher, machen Sie mir jetzt sofort meine Kabine in Ordnung, das ist viel wichtiger. Aber das scheinen Sie gern zu vergessen.“ Der Barber murmelte etwas in den Bart von „Nichtföhrenwollen“, zog es indeßen vor, kurz abzutreten — winkte dem Dicken und die beiden gingen nach dem Hinterdeck. Vor zwei gegenüberliegenden Kaminen mit der einladenden Aufschrift: „Latrina para Senoras“ und „Latrina para Senoras“ machten sie Halt und der Barber begann wieder seinen Vortrag: „Siehst Du, Dicker, hier an Bord ist alles anders, da muß man ganz umlernen; jetzt soll ich Dir Arbeit geben und habe kein Material für Dich. Die Hauptsache ist nämlich beim „Erste“ ein Besen, das sagste ich Dir ja schon. Wenn Du in jeder Lage, in der er Dich antrifft, einen Besen bei Dir hast, so bist Du stets gerettet. Mußt nämlich richtig verstehen. Du kannst Dich drücken, soviel es geht, aber in der Minute, wo der „Erste“ kommt, mußt Du sagen, dann ist alles gut. Wir wollen mal mit den beiden Duffetuis beginnen. Da Du doch noch kein Material hast, so schaffe zuerst mal die zerbrochenen Abtrittsbedel hier auf Deck in die Cade. Es kommen nämlich neue Aufträge darauf, ich gehe nur schnell nach vorn, um dem Verwalter seine Kasse zu machen, also lüfte Dich.“

Den Dicken schauderte. Der Barber wollte sich von der feinen Arbeit jedenfalls drücken. Wie dem nun auch war, also — angefangen. Er schickte sich gerade an, einige der zerbrochenen Bedel hinauszubefördern, als der Oberdeck mit zornigstem Gesicht in der Tür erschien. „Wo ist der Barber? Hier ist der feine Herr Komodor, ich kann ihn selbst zum Aufspülen und Karroffeln lälen nicht gebrauchen, laß ihn mal „Abtrittgehen“ helfen, er ist ja gerade „ganz in weiß“. Das paßt dann so!“ Glückstrahlend, einer gekränkten Ehre so schnell Genugtuung verschafft zu haben, eilte der Oberdeck wieder in seine Kabin.

„Siehe Deine Klamotten von heute früh nur wieder an“, entließ der inzwischen zurückgekehrte Barber, „die sind noch zu rat für diese Eauarbeit, und mach Dich mit dem Dicken zusammen dran. Wie heißt Du denn übrigens?“

„Ich heiße Joachim.“  
„Joachim? Mensch, Du hast wohl 'n Vogel? Wir können Dich doch hier nicht „Joachim“ nennen. Das gibt's nicht für einen Zwischenbedienter. Du heißt ganz einfach Jonny und ein für allemal „Du“. Kurz und bündig! Und das hier ist der Dicker. Nun muß ich aber laufen!“

Der Dicker stand in der penetranten Luft, hielt die Nase zum Fenster hinaus und dachte: also, Zwischenbedienter und Abtrittsreger sind „ein“ Begriff, das kann ja hier helfen werden. Joachim erschien bald wieder auf der Bildfläche; er sah umgezogen genau wieder so verlottert aus wie am frühen Morgen, als er ankam.

„Gott sei Dank, daß ich aus der Küche heraus bin, atmete er auf, da geht ja alles drunter und drüber, jeder denkt, er kann was und hat was zu sagen. Einer kommandiert den anderen, und wenn der „Erste“ nur durch die Küchenür lugt, so kriechen sie alle wie die Mäuse in ihre Löcher. Lieber will ich hier draußen jeden Dreck fegen, als bei der Gesellschaft da drinnen Mühsen machen. Wir werden uns schon vertragen, meinen Sie nicht auch?“ Treuherrlich reichte er dem Dicken die Hand, der sie träftig drückte.

„Eins aber können Sie nicht von mir verlangen, nämlich, daß ich „Du“ zu Ihnen sage: erstens sind Sie bedeutend älter als ich und jeder steht Ihnen an, daß Sie etwas Besseres sind. Was Sie sind, weiß ich ja nicht, und auch nicht, warum Sie hier sind. Es ist ja schließlich ganz gleich, jedenfalls hatten wir beide zusammen. Ich bin auch in die Kabine gekommen, in der Sie liegen. Wollen Sie lieber das Bett oben oder unten? Ich richte mich da ganz nach Ihnen.“

„Ich habe noch gar kein Bettzeug“, unterbrach ihn der Dicker, „ich habe gedacht, das bekommt man alles auf dem Schiff geliefert; nun muß ich mal sehen, wo ich mir das beschaffe.“

Jonny wußte Bescheid, er erklärte:  
„Ich wohnte in Hamburg bei einer guten Wirtin, deren Sohn fährt schon lange zur See. Nächste Woche geht er mit dem neuen Ostafrikadampfer als Leutnant hinaus. Er hat mich genau instruiert und wir haben uns zusammen unter Jeun bestellt. Das läuft mal bei einem Jeun, der liefert aber erst an Bord, wenn der Dampfer abfährt. Dann muß man ihm die erste Feuer auf „Ziehschein“ verschreiben, den Rest holt er sich beim „Abheuern“.“

„Was ist denn das, ein Ziehschein?“ fragte der Dicker.  
Jonny erklärte: „Wenn wir einen Monat an Bord gearbeitet haben, können wir hierfür über unsern fürstlichen Lohn von fünfundsiebzig Mark verfügen, kriegen das Geld aber nicht in bar auszugszahl, sondern es wird von der Schiffsgesellschaft dahin geschickt, wohin wir es haben möchten, zum Beispiel lassen es die Verheirateten oft an ihre Frauen oder Familien senden. Will einer Schulden damit bezahlen, kann er auch bestimmen, daß es dazu verwendet wird, deshalb unterschreibt man den so genannten

„Ziehschein“, der vom Verwalter vorgezeichnet und von uns ausgefüllt wird. Ich bezahle auf diese Weise dem Dicken seine erste Kasse. Sie können nach von ihm kaufen; wenn er heute Abend an Bord kommt, rufe ich Sie. Na, wenn wir bares Geld bekämen, würde mehr als einer unterwas aussteifen.“

„Seid Ihr denn noch nicht fertig hier?“ Ihr seid aber Arbeiter. Na, ich will Euch mal zeigen, wie bei uns gearbeitet wird.“ In der Tür stand der Barber, zwei Besen schwang er in seiner Rechten.

„Hier, Jonny, Du nimmst den einen, Du, Dicker, den zweiten. Nun aber mal los. Wir müssen heute früh noch die Zwischenbedientermatratzen übernehmen. Jetzt schütte ich Wasser aus dem Eimer und Ihr legt fest den Boden. Dann wird ordentlich nachgepulvt und alles hier in dieses Abzugsloch geleert, das wird sich zwar bald verstopfen, dann wird eben wieder Luft gemacht.“

„Es ist schon verstopft“, sagte der Dicker, und der Barber meinte: „Dann mußt Du einfach den Dreck herausholen.“

„Warte, ich suche mir erst ein Holz.“

„Was? Ein Holz?“ fragte staunend der Barber. „Hier kiet mal her“, wozu hast Du denn Deine fünfzählige Gabel“, und flugs griff er in das fünfzählige Abzugsrohr der Latrine. Den Dreck in der Hand, lief er in die Cade, wo aller Unrat aufgestapelt war, und warf seine Handvoll dazu. „Wir dürfen hier im Hafen nichts über Bord werfen; wenn wir erst draußen sind, fliegt alles über die Reeling. Na, Dicker, sieh nicht so erstaunt drein, hier wird alles mit den Händen angefaßt, nur nicht geniert. Sauberkeit an Bord geht über alles. Wenn wir hier fertig sind, müssen wir die Zwischenbedienter fegen, dann kommt das Kupfer, die Fenster, alles muß blinken. Vor dem Auslaufen ist Schiffsabnahme durch den Kapitän und den Inspektor der Gesellschaft. Wenn da nur das Gerinagte auffällt, dann bist Du für die ganze Reise verurteilt. Also los! Immer Wasser nachgepulvt. Du leuchtest auf, Jonny, und der Dicker holt Wasser vom Deck, gleich rechts ist der Kran. Jetzt haben wir noch Flußwasser, aber draußen, das verdammt Salzwasser heißt einem die Hände auf, brennt ganz niederträchtig. Na, Ihr werdet's noch selber spüren.“

Der Barber schnidte mit der Hand, als wollte er sagen: Wartet nur, ich will's Euch schon beibringen. Der Dicker holte einen Eimer Wasser nach dem anderen. Schnellüchtig schweifte sein Blick zu dem hohen Rathhausturm hinüber, keine Unternehmungslust war um einige Projekte geflossen.

„Hallo, Zwischenbedienter!“ tönte es da vom Oberdeck herunter.

„Macht Euch mal dran, die Matratzen herüberzutragen; wo steht Ihr denn nur immer? Wenn man Euch sucht, seid Ihr nicht da. Nun aber los. Ein Wagen voll hält unten schon, zwei andere sind unterwegs. Die müssen heute noch an Bord genommen werden, sonst wird kein Mittag gemacht und durchgearbeitet! Verstanden?“ (Fortsetzung folgt.)



## **Unserem neuen Kalkulations-System verdanken Sie die niedrigen Preise!**

Diese Kalkulations-Methode setzt uns in den Stand, Qualitätswaren unter Marktpreisen zu verkaufen, sodaß Sie nicht nötig haben, das heute so knappe Geld für minderwertige Waren anzulegen.

Wir haben unsere Abteilungen nicht nur mit friedensmäßigen Sortimenten wieder ausgestattet, wir haben ihnen auch einen neuen Rahmen gegeben, der unsere Leistungsfähigkeit gut veranschaulicht. Der Aufenthalt im völlig veränderten, zeitgemäß arrangierten Hause ist — das wird von unserer Kundschaft gerne anerkannt — wirklich behaglich.

Das Pfingstfest rückt näher. Sie haben zum Einkauf Ihres Pfingstbedarfs nur noch einige Tage Zeit. Warten Sie damit nicht bis zum letzten Augenblick, der Andrang ist dann erfahrungsgemäß sehr groß, wir aber wollen Sie mit der bei uns üblichen Sorgfalt bedienen.

Eine Besichtigung unserer Schaufenster-Auslagen, ein Rundgang durch unser Haus wird Ihnen einen Begriff geben

## **von unserer vielgerühmten und unübertrefflichen Leistungsfähigkeit!**

# **Holstenhaus**

G. m. b. H.

## Freistaat Lübeck.

Montag, 2. Juni.

### Die Armen.

Jah lauch' euch zu, die ihr in Armut seid,  
 von reicher Wollust Tag und Nacht getreten.  
 Ihr seid aus alter Ewigkeit  
 das große Herrgottsbeden:  
 Das Herrgottsbeden, das am Anfang war  
 mit großen, schweren, schwielen Arbeitshänden.  
 Ihr seid das heilige Leben immerdar.  
 Aus euren hagenenden  
 der Genius stieg der Zeit.  
 Die ihr von Armut seid gebenedeit,  
 Jah lauch' euch zu!

Herm. Claudius.

### Gemeinsame Arbeiterferien.

In Deutschland und nach dem Ausland.

Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit unternimmt in diesem Jahre zum ersten Male den Versuch, eine Reihe größerer Ferienveranstaltungen durchzuführen. Damit wird weitesten sozialistischen Kreisen Gelegenheit gegeben, ihre Ferienzeit in Gemeinschaft gleichgestimmter Menschen mit geistigem Gewinn zu verleben. Die Veranstaltungen sollen Erholung mit geistiger Vertiefung verbinden. Veranstaltet werden folgende Ferienkurse: Henningsen-Hamburg: Erziehung und Sozialismus (3.—9. Juli in Wernigerode). Luisenpark Stern-Prag: Die Arbeiterbewegung, ihr Zweck, Wesen und Aufbau (20.—26. Juli in der Heimvolkshochschule Schloss Linz, Gera/Neuh.). Engelbert Graf-Stuttgart: Das Arbeiterbildungsproblem (27. Juli bis 1. August in Hildesheim). Kennic Smith-Sheffield (England): Die englische Arbeiterbewegung und ihre Geschichte (8.—14. August in Pirna). Reg.-Rat Wolbit-Berlin: Die Lebenswelt des Industriearbeiters (11.—16. August in Marburg). Prof. Leo Reitenberg-Berlin: Kunst und Sozialismus (1.—6. September in Bamberg).

Daneben finden soziale Studienreisen unter sachkundiger Führung statt, von denen vier ins Ausland gehen: 20.—26. Juli: Hamburg und Kiel; 11.—17. August: Riesengebirge—Waldbühner Industriegebiet; 24.—30. August: Berlin und Umgebung; 1.—7. September: Frankfurt a. M.—Odenwald—Heidelberg. Ferner gehen drei Reisen ins Ausland: 9.—17. Aug.: England (London—Oxford); 10.—18. August: Dänemark (Kiel—Kopenhagen); 22.—31. August: Tschechoslowakei, Oesterreich (Prag—Wien).

Bei der Vorbereitung dieser Veranstaltungen ist darauf gesehen worden, daß die Kosten, die den Teilnehmern entstehen, auch hinsichtlich der Verpflegung und Unterbringung so gering als möglich bemessen sind. Mögen recht viele Genossen und Genossinnen die hier gebotene Gelegenheit für ihre Ferienzeit benutzen! Ueber alle Veranstaltungen ist ein ausführliches Programm erschienen, das auch die Bedingungen für die Teilnahme enthält und durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen ist.

### Grundsteuer und Miete

Das Nachrichtenamt schreibt uns:

Ueber das Verhältnis zwischen Grundsteuer und Miete herrscht in weiten Kreisen der Bevölkerung noch Unklarheit. Die Grundsteuer betrug in Lübeck vor dem Kriege 3% vom Tausend des alten gemeinen Grundstückswertes, der auch den heutigen Steuerberechnungen wieder zugrunde gelegt wird. Richtig ist, daß der Verkaufswert der Grundstücke heute im allgemeinen niedriger ist; solange aber das Wirtschaftsleben noch so wenig gestört ist, hat man von einer Neuschätzung der Grundstückswerte abgesehen. Die vielfach verbreitete Ansicht, daß die Grundeigentümer dadurch benachteiligt würden, daß ihnen die Steuern zu einem zu hohen Grundstückswert berechnet werden, ist unbegründet, denn die Steuer ist nach dem Geldbedarf des Staates berechnet, und wenn die Grundstückswerte herabgesetzt würden, müßte der Steuerjah entsprechend heraufgesetzt werden.

Seit dem 1. März ds. Js. ist in Lübeck der alte Steuerjah von 3% v. T. wieder zu zahlen und außerdem ein Zuschlag, die sogenannte Aufwertungssteuer, die einen Teil des Gewinns, den die meisten Grundeigentümer durch die Entwertung der auf ihrem Grundstück lastenden Hypotheken erzielt haben, dem Staat zuführen soll. Einschließlich dieser Aufwertungssteuer beträgt die Steuer für März 7% v. T., für April 10 v. T. und vom Mai an nach dem Beschluß der Bürgerchaft vom 26. ds. Mts. 13 v. T. des alten gemeinen Wertes. Diese Steuer soll alle Bewohner eines Grundstücks im Verhältnis der von ihnen bewohnten Räume belasten, Eigentümer und Mieter. Daher ist mit Rücksicht auf die Steuer die Miete im März und April erheblich erhöht worden. Sie betrug im Februar einschließlich der anteiligen Abgaben ungefähr 25 Proz. der Friedensmiete, im März ist sie um 15 Proz., d. h. auf 40 Proz. der Friedensmiete, und im April um weitere 10 Proz., auf insgesamt 50 Proz. der Friedensmiete erhöht worden. Nach den Angaben zahlreicher Sachverständiger, insbesondere auch aus Grundeigentümerkreisen, betrug die Miete vor dem Krieg im Durchschnitt 6—7 Prozent des gemeinen Grundstückswertes (wenn also von Grundeigentümerseite neuerdings behauptet wird, die Häuser hätten sich in Lübeck vor dem Kriege nur mit 4—5 Prozent verzinst, so ist das ganz abwegig und widerspricht der eigenen früheren Stellungnahme dieser Kreise). Wenn also 1000 Proz. der Friedensmiete mindestens 6 Prozent des gemeinen Wertes waren, so sind die 25 Proz. der Friedensmiete, um die die gesetzliche Miete seit Einführung der Steuer insgesamt erhöht ist, — mindestens 1 1/2 Proz. oder 15 v. T. des gemeinen Wertes. Da die Steuer auch nach dem neuesten Beschluß der Bürgerchaft nur 13 v. T. betragen soll, so ist dem Grundeigentümer durch die Mieterhöhung jedenfalls genug Spielraum gegeben, um die Steuer, soweit sie auf vermietete Räume entfällt, aus der Mieterhöhung zu decken. Es kann bei den Gesuchen auf Befreiung von der Grundsteuer, die auf Beschluß des Senates alle aus Wohlhabensamt verweisen werden, daher auch niemals eine Erstattung des Anteils der Grund- und Aufwertungssteuer in Frage kommen, der auf vermietete Räume entfällt, weil dieser Teil in jedem Falle aus der Miete gedeckt werden muß. Anders ist es nur dann, wenn der Mieter selbst zahlungsunfähig ist. Dann muß er den Antrag auf Beihilfe bei seiner Fürsorgestelle stellen, und diese wird die Beihilfe unmittelbar an den Hauswirt zahlen, wenn sonst Gefahr besteht, daß er sie nicht erhält. Hauseigentümer können also eine Erstattung der Grund- und Aufwertungssteuer immer nur für die von ihnen selbst bewohnten Räume erhalten. Die vielfach verbreitete Auf-

## Zur Schwartauer „Schlacht“.

Endlich hat eine Gerichtsverhandlung die Vorgänge bei der Schwartauer Fahnenweihe am 1. Juli vorigen Jahres etwas geklärt. Restlose Klärung hat sich allerdings auch dabei nicht ergeben. Zu sehr widersprachen sich die Zeugen. Zu sehr waren die Zeuchwörtlichen Zeugen auch heute noch von allerlei fixen Ideen geplagt. Jetzt noch sehen sie überall rote Kadfahnenpatrouillen, Sowjetsterne, Armbinden, rote Tuchstreifen als Abzeichen usw.. Offenbar ist der deutschnational-völkische Glaube der Entstehung von Halluzinationen sehr förderlich.

Der Prozeß hat zunächst ein Resultat gezeigt: Die Darstellung des Lübecker Volksbotes über die Vorgänge war im allgemeinen objektiv richtig. War im gleichen Maße richtig, wie die Berichte der bürgerlichen Presse, besonders des General-Anzeigers, unrichtig und blödsinnig waren.

Zum Beweis wollen wir aus unserem Bericht nach der Tat die ausschlaggebenden Sätze nochmals wiedergeben:

„Vor der Waldhalle kamen die Jüge in so enge Berührung, daß die dem Arbeiterzug vorausgehenden Mitläufer usw. mit den letzten Hafentanzlern ins Gedränge kamen. Dabei mußte selbstverständlich allerlei Aufregung entstehen. Unter Demonstrationen war daran nicht im geringsten beteiligt. In dieser Aufregung kam es wohl zu allerlei Anrempelungen beiderseits. Und Beschimpfungen! Ein junger Arbeiter sagte nach dem Tode der Hafentanzler, die in provozierender Weise am Schluß des Zuges — von allen Seiten vom Stoßtrupp Neumünster gedeckt — geschwenkt wurde.“

Das war der Anfang. Alles andere entwickelte sich zwangsläufig. Die Hafentanzler zogen auf Kommando Gummiknüppel und es begann eine allgemeine Prügelei. Selbstverständlich hat niemand den Bismarckbündlern einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie in diesem Kampfe, der ja schließlich auch um ihre Fahne ging, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln kämpften. Die Bemerkung des Gen.-Anz. über eine Zeugenaussage des Genossen Leber, die in dieser Form den Hafentanzlern gerecht wurde, ist deshalb weiter nichts als törichtes Verlegenheitsgesei.

An diesem Kampf hat sich Keitelhohn nicht nur nicht beteiligt, im Gegenteil, er hat sich bemüht, seinen Zug von der Schlägerei fernzuhalten. Wenn trotzdem einige Duzend Zugteilnehmer aus dem Zuge herausliefen, um an der Schlägerei teilzunehmen, so war das nicht seine Schuld. Er konnte die Leute nicht einzeln festhalten.

Keitelhohn war deshalb unter allen Umständen freizusprechen. Das Gericht hat ihn in Wirklichkeit ja auch freigesprochen.

Außer Keitelhohn standen noch zwei weitere Zugteilnehmer vor dem Gericht. Sie sollen geschlagen haben. Nicht bei der Hauptschlägerei an der Waldhalle. Sondern bei der Verfolgung der Hafentanzler. In der Schillerstraße der eine, der andere abseits im Walde. Diese beiden — Stüben und Ahrends — mußten vom Gericht nach den Aussagen der Zeugen beurteilt werden. Diese Zeugen sagten sehr belastend aus. Haben sie die objektive Wahrheit gesagt? Das Gericht kam jedenfalls zu der bekannten harten Verurteilung.

Juristisch mag das zehnmal richtig sein. Vielleicht sogar zwingend. Vor der Wirklichkeit kann das Urteil nicht bestehen.

Duzende Teilnehmer der beiden Jüge haben dasselbe getan, haben in der allgemeinen Holzerei um sich gehalten, der eine janzter, der andere größer. Daß man zwei zufällig Erkrankte der einen Seite herausgreift und zu harter Strafe verurteilt, ist dem realen Empfinden nach eine Unmöglichkeit.

Und man kann die Sache drehen und wenden, wie man will. Die Hafentanzler haben sich ungeheuerlich unanständig benommen. Sie machen bei einer Prügelei mit und winkeln, nach-

dem sie ihre Prügel weghaben, Stein und Bein, daß die andern bestraft werden. Hätten die Arbeiter die Prügel bekommen, dann wäre der Hafentanzzug im Triumph und unter dem Jubel des völkischen Volkes abgezogen.

Das Benehmen der Hafentanzler war das Gegenteil von honorig, war das Gegenteil von anständig und war auch das Gegenteil von männlich.

Kun noch einige Schlußbemerkungen. Die bürgerliche Presse hat im August des vorigen Jahres eine wüste Heze gegen den Gen. Leber entwickelt. Herr Knie nannte ihn damals den „Aufpeitscher der Massen“. Herr Thiele von den Neuesten Nachrichten, heute beim General-Anzeiger, schrieb, Dr. Leber sei nach Schwartau gezogen, um dafür zu sorgen, daß eine Schlägerei entsteht. Und die Lübb. Anz. behaupteten, Dr. Leber habe vor Geertz Hotel die Wölfe warm gemacht.

Die Beweisaufnahme ergab in völliger Klarheit, daß alle drei Behauptungen völlig unhaltbare Verleumdungen waren. Hat bisher jemand gesehen, daß der General-Anzeiger oder die Lübb. Anzeigen die Anständigkeit abgebracht hätten, die früheren Behauptungen richtig zu stellen? Zu einer solchen Handlungsweise können sich allerdings Personen vom Schlage eines Knie nicht aufschwingen. Wer sie näher kennt, kann solche Anständigkeit auch nicht gut von ihnen verlangen.

Mit Mädchen aller Art suchen sie sich über ihre Verlegenheit hinwegzuhelfen. Mädchen, die ihre Unanständigkeit und „Wahrheitsliebe“ in grellste Beleuchtung stellen.

Knie spricht z. B. von der Teilnehmerzahl, die im Volksbote am 2. Juli auf 1000, am 6. Juli auf 500 geschätzt wurde. Er wendet dabei einen Taphenpielertrick an, wie er im allgemeinen nur bei Feuerfestern üblich ist. Er unterzählt, daß die „1000 Teilnehmer“ die Zahl war, die sich später vor Geertz Hotel angesammelt hatte. Am Anfang der Demonstration waren es höchstens 500.

Noch ein Punkt aus der Polemik des General-Anzeigers sei zum Schluß kurz gestreift. Es steht einwandfrei fest, daß die Hafentanzler mit Gummiknüppeln bewaffnet waren. Das gab der deutschvölkische Geschäftsführer Vogt in der ersten Verhandlung zu. Allerdings seien höchstens 4 oder 5 Gummiknüppel vorhanden gewesen. Diese eidlische Bekundung des Zeugen Vogt brachte der Bericht des Volksboten, alle Anwesenden haben sie gehört, nur der Redakteur Knie als Berichterstatter des General-Anzeigers nicht. Im Protokoll des Gerichts steht dieses Eingeständnis des Zeugen Vogt ebenfalls eingetragen.

In der zweiten Verhandlung leugnet Vogt nun auch diese 5 Gummiknüppel ab. Trotz aller Ehrenzeugen und trotz des Protokolls aus der ersten Vernehmung. Und nun besitzt Knie den Mut zu behaupten, diese neue Aussage des Zeugen Vogt beweise, daß in der ersten Sitzung der General-Anzeiger richtig, der Volksbote aber falsch berichtet habe. Wären wir ebenso völkisch wie Herr Knie, so würden wir von „jüdischer Kabalistik“ schreiben. Allerdings fürchten wir, daß die Juden sich leicht beleidigt fühlen würden. Denn von den journalistischen Fähigkeiten, die die jüdische Rasse so auszeichnen, besitzt Herr Knie nicht eine einzige.

Im ganzen: Der Freispruch des Gen. Keitelhohn entspricht der Sachlage und der gerechten Billigkeit. Die Verurteilung der beiden anderen Angeklagten mag juristisch gerechtfertigt sein. Sie ist und bleibt in der Wirklichkeit trotzdem ungerecht.

fassung, daß der Hauswirt die Miete zu seinem Lebensunterhalt verwenden müßte, entspricht nicht den gesetzlichen Bestimmungen, nach denen die Miete heute noch, abgesehen von einem kleinen Entgelt für die Verwaltungsmühe des Eigentümers, durchschnittlich reiflos zur Deckung der Ausgaben und zur Instandhaltung des Hauses bestimmt ist. Eine Verzinsung des im Hause stehenden Kapitals soll dem Hauseigentümer nach der 3. Steuernotverordnung erst vom nächsten Jahr zuteil werden, wie ja auch die aufgewerteten alten Hypotheken erst vom nächsten Jahre an wieder zu verzinsen sind. Nach der Auffassung, von der das Reichsgericht ausgeht, vermag unsere Wirtschaft, vermag insbesondere die große Masse der Gehalts- und Lohnempfänger in diesem Jahre eine Hausrente, von der ein Hauseigentümer leben könnte, noch nicht wieder anzubringen. Mietbeträge, welche die Betriebs- und Instandhaltungskosten des Hauses übersteigen, fließen durch die Aufwertungssteuer dem Staate zu und dieser verwendet einen erheblichen Teil davon zur Förderung des Wohnungsbaues. Auf diese Art kommen die heute den Hauseigentümern entgehenden Mietbeträge letzten Endes dem Hausbesitz im ganzen doch wieder zugute, denn nur durch den Bau neuer Wohnungen kann die Wohnungsnot und damit schließlich auch die den Hausbesitz drückende Wohnungszwangswirtschaft aufgehoben werden — und, so fügen wir hinzu, alle Kosten und Räte den Mietern ungenhemmt durch gesetzliche Einschränkungen ausgewahrt werden. Wenn erst die richtigen Hausagrarien den Ton angeben und die Miete nach dem freien Konkurrenzstumpf regeln, dann beginnt erst der Tam um goldene Hals.

Die Zahl der Erwerbslosen betrug am 28. Mai insgesamt 2433. Darunter befanden sich 115 weibliche und 139 Jugendliche. 1035 waren ungelernde Arbeiter. Von den übrigen gehörten u. a. 621 zur Metallindustrie, 58 zur Holzindustrie, 66 zum Baugewerbe, 49 Seelute, 45 Landarbeiter, 33 zählten zu dem Nahrungs- und Gemüsmittelgewerbe, 155 waren Büro- und Handelsangestellte.

Nächste Dampferfahrten der Hamburg-Amerika-Linie: Nach Nordamerika: D. Albert Ballin 5. 6., D. Reliance 10. 6., D. Hanja 11. 6., D. Cleveland 19. 6., D. Deutschland 21. 6., D. Resolute 24. 6., D. Westphalia 26. 6., D. Mount Clay 3. 7. Nach Boston—Philadelphia—Baltimore—Norfolk: D. Fürst Bilibin 13. 6., D. Emden 4. 7., D. Legie 25. 7. Nach der Westküste Nordamerika: D. Kermit ca. 14. 6., D. Holger ca. 28. Juni, M.-S. Africa ca. 12. Juli. Nach Südamerika: D. Steigerwald 14. 6., D. Idarwald 25. 6., D. Antiochia 5. 7. Nach Cuba-Mexiko: D. Cupatxora 11. 6., D. Toledo 8. 7., D. Hohatka 12. 8. Nach Westindien: D. Galicia 14. 6. Nach Ostafrika: Engl. D. Eurypylus 7. 6., M.-S. Münsterland 14. 6., engl. D. City of Durban 21. 6., D. Albatros 28. 6.

Stadtheater. Montag, Anfang 7.30 Uhr: X. Volksstückliches Konzert. Dienstag: Das Fest der Handwerker „Guten Morgen“.

Herr Fischer: 41. Vorstellung im Dienstag-Abonnement. Mittwoch: Die Strohwitwe. 41. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement. Donnerstag: „Lohengrin“. 41. Vorstellung im Donnerstag-Abonnement. Freitag: „Scherz, Satire, Ironie und tiefer Bedeutung“. 41. Vorstellung im Freitag-Abonnement. Sonnabend: „Traviata“. Vorstellung für die Volksbühne. VI. Behn-Haus-Abend. Pfingstsonntag: „Das Dreimäderlhaus“. Pfingstmontag: „Der Wasserschmid“. 30. Vorstellung im Donnerstag-Abonnement. Dienstag: „Judit“. 42. Vorstellung im Dienstag-Abonnement. Mittwoch: „Alt-Heidelberg“. 42. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement.

Badeanstalt Falkendamm. Wassermärme heute früh 10 Uhr 19 Grad, Luft 16 Grad.

Badeanstalt Krähensteich. Wassermärme heute früh 11 Uhr 19 Grad, Luft 16 Grad.

Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den 28. Mai auf das 1,131-fache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vormoche (1,15 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 1,7 v. H. zu verzeichnen.

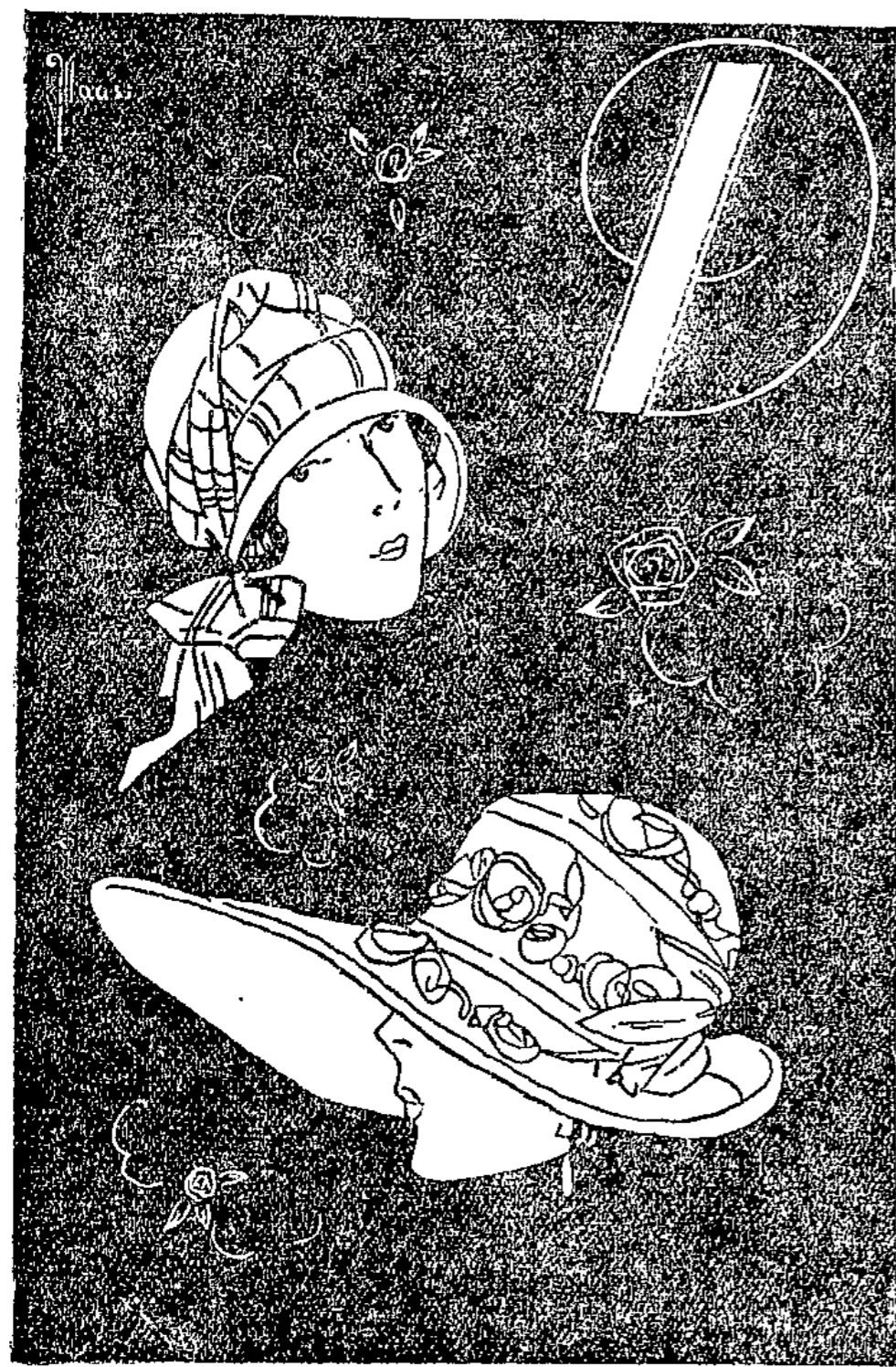
### Lübeck-Büchener Eisenbahn.

2 Prozent Dividende. — Der Betrieb hebt sich wieder.

Im Geschäftsbericht für das Jahr 1923 sind die gesamten Betriebseinnahmen mit 2 Millionen Bilmart, die Betriebsausgaben mit 1,18 Millionen Bilmart ausgewiesen; der Ueberschuß beträgt 835 545 Bilmart. Nach Abzug der Rücklagen für die Erneuerungs- und Reservefonds von 103 653 Bilmart verbleibt ein Reingewinn von 731 892 Bilmart, woraus eine Dividende von 2 Prozent verteilt werden soll.

Ueber die Finanzierung im Jahre 1923 wird gesagt: Schon im August des Berichtsjahres waren wir nicht mehr in Stande, Gehälter und Löhne, geschweige denn die sonstigen Ausgaben, aus unseren Betriebseinnahmen zu bestreiten. Wir waren genötigt, zunächst 75 Millionen bei dem Bankkonzortium anzuleihen, das später die Ausgabe unserer neuen Aktien übernahm. Wir ließen uns ferner von dem Herrn Reichsverkehrsminister vorstufweise 50 Millionen überweisen, die vereinbarungsgemäß auf 77 777 500 Bilmart aufwerteten sind und in einer entsprechenden Anzahl unserer neuen Aktien zurückgeführt werden müssen. Später wurden weitere beträchtliche Beträge auf Gelddafis angeschlossen, von denen rund 60 000 Goldmark zur Deckung unseres in Höhe von 900 Billionen Mark ausgegebenen, nicht merkbefähigen Notgeldes dienten, während noch höhere Beträge für Gehalts- und Lohnzahlungen und für Beschaffung wertbefähiger Zahlungsmittel verwendet werden mußten. Vom Zeitpunkt der Stabilisierung der Währung ab besserten sich die Verhältnisse wesentlich.





# Riesenerzückender **W**üte

sollen Ihnen erneut beweisen, daß wir neben einer Riesenauswahl obendrein **fabelhaft billig** sind.

<b>Manila-Müte</b> hübsche Glocke, mit Seide garniert.....	<b>4 50</b>	<b>Tagalpikot-Müte</b> in schwarz und farbig, hübsch garniert.....	<b>16 50</b>
<b>Strandmützen</b> in schönen hellen Farben.....	<b>4 50</b>	<b>Florentiner</b> große Form, fesch gebogen, mit Samtband u. Blumengarnitur..	<b>19 75</b>
<b>Strandhüte</b> fresche Formen, geflochten, weiß und farbig.....	<b>9 00</b>	<b>Kleine Glocke</b> Strohkopf, Marocainrand, mit netter Blumengarnitur.....	<b>25 00</b>
<b>Batisthüte</b> hübsche große Formen, in weiß und farbig.....	<b>9 00</b>	<b>Große Lisereform</b> vornehm garn., mit Reifer u. Crepe Georgette, in schwarz u. braun..	<b>22 00</b>
<b>Sporthüte</b> aus buntem, exotischem Geflecht, Bandgarnitur.....	<b>14 00</b>	<b>Kleine Liserehüte</b> schwarz, für ältere Damen, hübsch garniert.....	<b>17 50</b>

# Kaufhaus

## Zum Pfingstfest

gut, reell und billig

in Kleidern, Blusen, Röcken, Wäsche, Strümpfen, Stickereien, Alpaca-, Donegal-, Covercoatmänteln — Woll- u. Seidenjumper in reichlicher Auswahl — Herrenanzüge, Mäntel und Paletots, Joppen — Kammgarn-, feldgraue Hosen, Tuch- u. Pilothesen sehr billig — Sämtliche Schuhwaren in reichlicher Auswahl besonders preiswert — Strohüte, Mützen, Sportartikel, Gardinen  
:: :: :: Stores — Kleiderstoffe :: :: ::

## Franz Wehrendt

Kaufhaus des Ostens

Untere Huxstraße 110 **LÜBECK** Untere Huxstraße 110

(3488)

## Adresskarten

werden angefertigt bei  
**Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

### Geschäfts-Eröffnung

Hiermit dem verehrten Publikum zur Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage **Waisenhofstrasse 25** eine

### Kohlen- u. Holzhandlung

eröffne. Mein Geschäftsprinzip wird sein, nur gute und beste Ware bei prompter und reeller Bedienung zu liefern. Ich bitte höflichst, mein junges Unternehmen durch Aufträge gütigst unterstützen zu wollen.  
Hochachtungsvoll **Hugo Steffen.**

### Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

### Freier Grundeigentümerverein Lübeck, e.V.

### Versammlung

am Dienstag, dem 3. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im gr. Saale des Herrn **Fr. Lender, Hundestr. 41**

Tagesordnung:

1. Vortrag von Herrn Regierungsrat **Tormin: „Permieter und Mieter unter der Zwangswirtschaft“.**
2. Wahl von Revisoren.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

## Café

### „Bernhard“

Fackenburger Allee 9.

Täglich von 8—1 Uhr

das beliebte

### Schröder-Findt-Duo

**Fledermaus**  
9 Uhr.  
(3350)

### Trocadero

Schüsselbud. 4. F. 787

### Stimmungs-Konzerte

Neue **Matjes-Heringe**  
Etwa 10 Pfg.  
eingetroffen. (3495)

**H. H. Holtermann,**  
Marktwied. 4 — Tel. 1336

Gas abm 19 Goldpfg., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser abm 15/30, heizbare Räume mit Leituna 20, ohne Leituna 10 Goldpfg. (3464)

## Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck.

### Betriebsräte und Vertrauensleute

am Dienstag, d. 3. Juni abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Die Ortsverwaltung.

### Hansa-Theater

Heute Montag:  
**Die entscheidenden Kämpfe der Preissträger!**  
Alle Kämpfe bis zur Entscheidung!

Begegnung der beiden gleichwertigen Gegner um die Prämie von 100 Goldmark!

**Bruno Stromsky** (Wolfskeim) gegen **Peppy Winter** (Wien).

Für den Sieger ist von Sportfreunden eine Prämie von 100 Goldmark festgesetzt.

Das mit großer Spannung erwartete Treffen der härtesten

**Seppi Mang** (München) gegen den gewandten **Oskar Sirk** (Himland).

Der temperamentvolle **Paul Kienschel** (Berlin)

kämpft gegen den flinken **Bruno Weinert** (Dresden).

In Anbetracht d. großen Schlusstkämpfe Beginn der Vorkellung 8 Uhr.

**der Ringkämpfe 8 1/2 Uhr pünktl.** Rechtzeitig Eintrittskarten sichern!

### Stadttheater Lübeck

Montag 7.30 Uhr:

10. Volkstümliches Konzert. 3467

Dienstag, 7.30 Uhr: Guten Morgen, Herr Fischer Das Fest der Handwerker.

Mittwoch, 7.30 Uhr: Die Strohwitwe.

Telephon 3501.

### Kaufe dauernd

Hausstandslumpen, Knochen, Alt-Eisen, Alt-Metalle, Knütt- und Schwer-Papier. Größere Posten werden abgeholt!

**Marcus Lissauer, Produkten-Börse,**  
Tel. 3601. 5 Hartenstraße 5 Tel. 3601.

### Selbstbesohler!

Herrn-Ledersohl. i. Aussch. M. 1.20—1.80  
Damen- „ „ „ 0.60—1.00

Garantiert rein Kern!

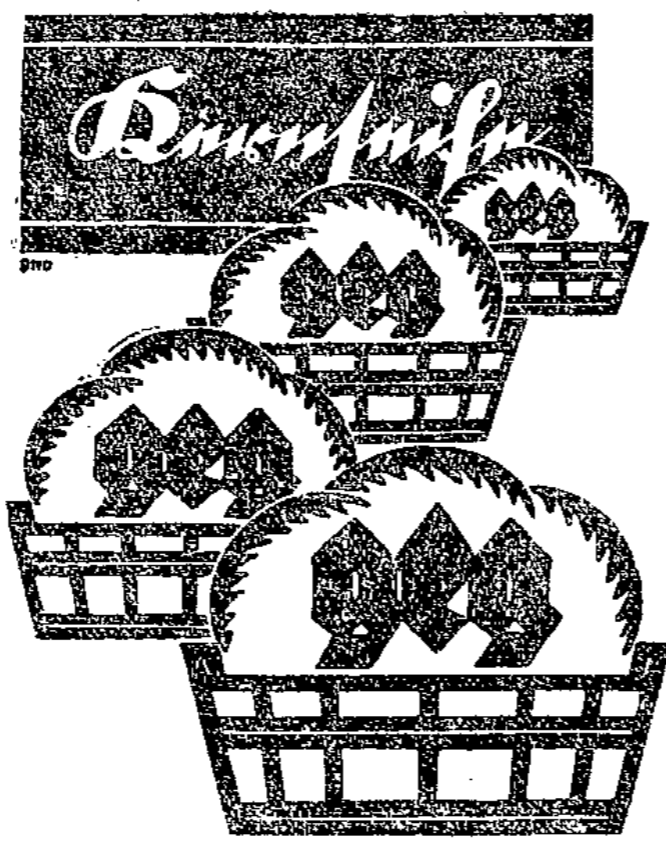
Auf Wunsch kann auf Stepperei gewartet werden. 3451

### Fünfhausen 7

**Schuhwaren.** Ich führe nur gute Marken erster Fabrikanten und verkaufe diese ganz besonders billig:

D.-Halbschuhe 6.90 D.-Stiefel, br. 10.50  
D. „ m. Lauff. 8.75 D.-Stiefel, schw. 10.75  
D.-Lackschuhe 14.50 D.-Stiefel, schw. 14.50  
D.-Halbsch., br. 13.90 D.-Stiefel, br. 16.50

**Heinrich Beuck**  
Brocksstraße 25, Ecke Warendorpstr.



Unsere Eigenfabrikate zeichnen sich durch Preiswürdigkeit und Güte aus. Genossenschaftler und sparsame Hausfrauen verwenden daher

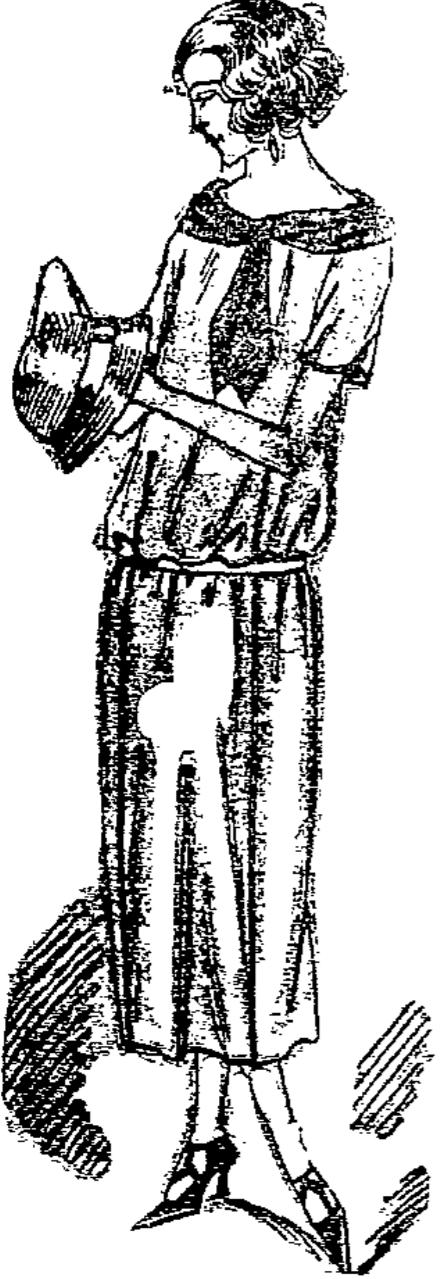



## nur „GEG“-Seifen

Zu beziehen durch:

**Konsumverein für Lübeck und Umgegend**  
c. o. m. d. H. (3450)

# Kluge Damen haben längst erkannt

daß wir neben unserer Riesenauswahl oben-  
drein auch **fabelhaft billige Preise** haben.

<p>Tunis</p> 	<p>Salzbrunn</p> 	<p>Tunis Jugendliches Kleid mit Apachenkragen aus Vollvoile <b>9<sup>95</sup></b></p> <p>Salzbrunn Jugendliches Kleid mit Filet-Einsätzen aus Vollvoile <b>12<sup>75</sup></b></p> <p>Weimar Farbig verrolltes Volankleid aus Vollvoile <b>16<sup>50</sup></b></p> <p>Monte Carlo Zweifarbige Volankleid aus Vollvoile <b>29<sup>75</sup></b></p>	<p>Weimar</p> 	<p>Monte Carlo</p> 
---	---	---	--	---

## Weit unter Herstellungspreis

ein großer Posten **Kleider** aus **reinwollenen** Kammgarnstoffen, Serge, Gabardine oder gestreiften Stoffen zu folgenden Serienpreisen:

Serie I **8<sup>90</sup>** Serie II **14<sup>90</sup>** Serie III **17<sup>90</sup>** Serie IV **24<sup>50</sup>** Serie V **36<sup>00</sup>**

# Rudolph Karstadt

### Nichtamtlicher Teil

#### Nachruf.

Am Sonnabend, dem 31. Mai,  
verstarb nach langer Krankheit  
Fräulein

### Minna Nordmann

Die Verstorbene war mehr als  
20 Jahre in unserem technischen  
Befriebe beschäftigt, als ein  
schweres Leiden sie zwang, diese  
Tätigkeit aufzugeben.

Ein ehrendes Andenken wird  
ihr bewahren 3465

Buchdruckerei  
**Friedr. Meyer & Co.**  
(Lübener Volksbote).

Nach langem schwerem  
Leiden entschlief  
Freitag morgen 10  
Uhr meine liebe un-  
vergessliche Frau

#### Emma Leve

geb. Büning  
im fast vollendeten  
36. Lebensjahre.  
In tiefem Schmerz  
**Friedrich Leve.**

Trauerfeier am  
Dienstag nachm. 4  
Uhr in der Kapelle  
Borwerk. (3475)

#### Deutscher Metallarbeiter- Verband.

Am 31. Mai d. J.  
verstarb unser treuer  
Kollege

#### Herm. Denker.

Ehre seinem An-  
denken! (3455)  
Beerdigung am  
Dienstag, d. 3. Juni,  
nachm. 2.30 Uhr in  
Kriemfeld.

Dr. Bräuerwald.

#### Baugewerksbund.

#### Nachruf.

Am 29. Mai ver-  
starb durch Unglücks-  
fall der Kollege

#### Lindhorst

(Jäckenburg)  
im 56. Lebensjahre.  
Ehre seinem An-  
denken! (3470)  
Die Beerdigung  
finder Dienstag 3 U.  
nachm. a. d. Kirchhof  
Stoßelsdorf statt.  
Der Vorstand.

Für die uns erwiesene  
Teilnahme und für die  
reichen Kranzspenden  
beim Hinscheiden unseres  
lieben **Heinz** sprechen  
wir hiermit allen, sowie  
auch Herrn Pastor Linde  
für die trostreichen Worte  
unseren herzlichsten Dank  
aus. (3462)

#### K. Rieckhof und Frau.

Sonntags 3-3-Wohn-  
g. in Stoßelsdorf an Fin-  
derische Leute z. vertausch.  
für ebensolche in Lübeck.  
Ang. u. D 157 a. d. G. (3454)

Suche Blättstelle für  
1-2 Tage d. Woche. (3494)  
Ang. u. D 159 a. d. Gpp.

Vertreter gesucht.  
Hohen Verdienst bringt  
der Verkauf der gef. gesch.  
Schärfeapparate für  
Häufelmaschinen und  
Senien. Letzterer ersetzt  
das Denseln der Senfen.  
Jeder Landwirt kauft.  
Muster franko Nach-  
nahme. Rückgabe gestatt.  
**Max Strasser, Erfurt.**

Zu verk. guter blauer  
Anzug, pass. f. jg. Mann  
von 15-17 Jahren. (3471)  
Waffenmauer 204.

Ein Grammophon  
mit 16 Platten preis-  
wert zu verkaufen. (3468)  
**Wilh. Schott jun.,  
Daffring.**

1 Ztr. kleine Kartoffeln  
zu verkaufen. (3460)  
Burgfeld, Baracke 7/33.

Bettstelle mit Sprung-  
federmatr. billig zu verk.  
(3472) Hiltgergrube 41, 11.

Stz- und Liegemagen,  
Klapptasche u. Babykorb  
zu verkaufen. (3466)  
Sanitätsr. 120, 111.

1 Paar gute Fußball-  
stiefel zu verk. (3461)  
2g. Lohberg, 35, 1. I.

Kartoffeln zu verk. (3498)  
Schwartauer Allee 82a, 11.

Neues Damenrad zu  
verkaufen. (3487)  
Hundestr. 76, I. vorn.

Ein blauer Kammgarn-  
Rock u. Weste, pass. für  
Jüngling, 20 G.M. z. vk.  
(3468) Klappenstr. 14, 1.

Babykorb zu verkauf.  
(3459) Karpfenstr. 18, 11. r.

Verschiedene Möbel u.  
Gausstandsachen zu vk.  
(3459) Baresel, Siems,  
Siemler Landstr.

Gebr. Militärornister  
zu kaufen ges. Ang. m.  
Br. u. D 158 a. d. G. (3468)

Zu kaufen gesucht gute  
Kinderbettstelle m. Matr.  
Ang. m. Br. u. D 155 a.  
d. Gpp. d. Bl. (3460)

Gmpf. mein Friseurgesch.  
Anfert. alle Haararbeiten  
**F. Lichtenstein, Friseur  
Gr. Burgstr. 11, im Flügel  
(3490)**

**Eimerbier**  
Dienstag von 4-6 Uhr.  
(3476) Brauerei Stamer,  
Meierstraße 15 und  
Warendorffstraße 19b.

### Eimerbier.

Dienstag von 3-6 Uhr.  
(3478) Brauerei Wilcken,  
Iowie Arminstr. 21 a.

### Paul Rehder

Möbelschleierei und  
Polierwerkstatt  
Gr. Altesfähre 15  
empfeht sich zum Auf-  
arbeiten von Klavieren,  
antiken Möbeln, Neu-  
anfertigen von Ausstat-  
tungen in peinlichst saub-  
berter Ausführung. (3488)

### Otto Hannemann

Schuhreparaturwerkstatt  
**Chasotstr. 22.**

### Krätzorgan

belegt.  
schnell  
unauffällig, mild, unjdödl.  
Juden u. fast alle Hautleiden  
**Hafen-Drogerie,**  
Beckergr. 68. Auch Verfd.  
(3363)

### Schrautenlose Wächte.

Roman von (18884)  
**Hugo Salamon,**  
Travellmannstr. 25, 11.  
Preis 1.- M.R.

Jeden Dienstag und  
Freitag von 3-6 Uhr:

### Eimerbier.

3449 **H. Bade.**

### Billig und zu- verlässig!

**Uhrreparaturen**

1 Jahr Garantie.  
**Herm. Voß, Uhrmacher**  
Jetzt nur  
Fleischhauerstr. 36.

(3448)

### Für jedes Fest

Bier-Siphon-Versand  
Hundestr. 52, F. 1071

(3277)

**Karl Lender.**